

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Anker-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Nachverordnungen ausgeschlossen. ♦ Börsen-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltorstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

## Vor schweren Entscheidungen.

Der Reichstag, der schicksalsschwere Entscheidungen zu fällen hat, begann am 13. Oktober seine Tätigkeit damit, daß er parlamentarische Übung zu politischer Machtprobe umgestaltete. Nach Geschäftsordnung und Übung stellen die Parteien je nach Stärke den Präsidenten und die Vizepräsidenten. Danach hätte ein Sozialdemokrat Präsident werden müssen, während die Nazis, Kommunisten und Zentrum die Vizepräsidenten stellten. Die Nazis stellten Löbe die Kandidatur Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei entgegen. Der erste Programmvortrag! Im alten Parlament brachten die Nazis einen Gesetzentwurf ein, wonach derjenige, der „deutsches Blut“ mit fremdem vermischt, wegen „Rasseverrat“ mit Zuchthaus bestraft werden sollte. Daß sie nun den Vertreter der Scharfmacher in der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, Löbe gegenüberstellten, sollten sie mit ihren proletarischen Nachläufern ausmachen. Daß sie aber in Scholz einen Mann präsentierten, der eine Jüdin zur Frau hat, also nach Nazibegriffen „Zuchthauskandidat“ ist, konnten sie unter dem Gebrüll ihrer Männer und unter gnädigem Lächeln des Naziprinzen Wumi (August Wilhelm von Preußen), der auf der Tribüne im Kranz von Germanenjungfrauen saß, wagen. Scholz selbst hat seine Rolle soviel Freude gemacht, daß er sich am Tage nachher für fünf Wochen krank meldete!

Die Regierung Brüning ist in diesem Reichstag von vornherein unterminiert, sie hat nicht nur links und rechts gegen sich, sondern in Wirtschaftspartei und Volkspartei eine „Gefolgschaft“, die zum Teil von vornherein Lust hat, ihre Minister aus dieser Regierung zurückzuführen oder Mißtrauensanträge gegen sie einzubringen oder zu unterstützen. Wie die Aufgaben des Reichstags parlamentarisch-legal bewältigt werden sollen, ist unerfindlich. Die Kreise rechts vom Zentrum wollen Rechtsregierung mit Nazis, gleichbedeutend mit Rechtsdiktatur.

Die Sozialdemokraten wollen Verhinderung dieser Diktatur und haben sich deshalb für eine Politik des vorläufigen Ausweichens entschieden. Diktatur im Reich bedeutet dasselbe in Preußen, bedeutet Belagerungszustand, bedeutet Reichswehr und Polizei in Händen der Nazis.

Bei solcher Lage ist die Politik der Sozialdemokraten klüger, als wenn sie am ersten Tag Brüning nach dem Willen der Kommunisten und Nationalsozialisten stürzen. Dann brauchte man sich nämlich nicht mehr darüber zu unterhalten, was der Reichstag zugunsten der armen Leute tun soll! Dann würden National-, Wirtschafts- und Sozialreaktionäre diktieren!

Noch ist diese Gefahr nicht beseitigt und die Abwehr mit jedem denkbaren außerparlamentarischen Mittel kann täglich nötig werden.

Auch andere praktische Erwägungen sprechen für diese Politik der Sozialdemokraten, die von den Gewerkschaften gebilligt wird. Wenn diese Billigung nicht vorhanden wäre, brauchte man sich über wirtschaftlich-politische Forderungen nicht den Kopf zu zerbrechen. Wenn die Sozialdemokraten es wollten, wäre die Regierung am ersten Tage erledigt. Sie könnten aber nicht mit der KPD, mit Hugenberg und den Nazis eine neue Regierung bilden, sondern sie trieben das Zentrum den Nazis in die Arme, wahrscheinlicher aber förderten sie eine Rechtsdiktatur.

Deshalb versuchen die Sozialdemokraten, die verfassungswidrigen Notverordnungen in dem Ausmaß von den „Giftzähnen“ zu befreien und werden sich, solange hier die Entscheidung nicht gefallen ist, auch nicht den Zeitpunkt eines Mißtrauensvotums vorschreiben lassen. Es ist notwendig, daß man auch in Gewerkschaftskreisen die Zwangsläufigkeit dieser Politik begreift.

Praktische Anträge der Sozialdemokraten verlangen sofort Kürzung der Ministergehälter, der Pensionen und der Diäten der Abgeordneten.

Im Interesse der Knappschaft wurde folgender Antrag gestellt:

„Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu eruchen, unverzüglich Maßnahmen vorzubereiten, durch welche die finanziellen Schwierigkeiten der Pensionsversicherung der im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten (Knappschaftsversicherung) wirksamer als durch die Leg. Brüning behoben werden.“

Zum Berliner Metallarbeiterkampf, diesem Vorpiel im Kampf um Lohnherhaltung im ganzen Reich, beantragten die Sozialdemokraten einen Reichstagsbeschluß, der die Regierung verpflichtet, den ergangenen Schiedsspruch nicht verbindlich zu erklären.

Entsprechend den Beschlüssen des Bundesausschusses des ADGB beantragten die Sozialdemokraten weiter:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, zur Eindämmung der wachsenden Arbeitslosigkeit und um der Verelendung breiter Volksmassen entgegenzuwirken, unverzüglich die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

1. Einen Gesetzentwurf vorzulegen, der zum Zwecke der gerechten Verteilung der Arbeitsgelegenheit für die Dauer der außerordentlichen Arbeitslosigkeit die vierzigstündige Arbeitswoche vorschreibt, unter gleichzeitiger Verpflichtung zur Einstellung neuer Arbeitskräfte. Dabei muß die Benützung der öffentlichen Arbeitsvermittlung und die Anmeldung offener Stellen zur zwingenden Vorschrift gemacht werden. Zum Lohnausgleich sind für den Übergang die freiverbundenen Unterstützungsmittel mit heranzuziehen. Die Zulassung von Überstunden ist auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Überstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenversicherung abzuführen hat.

2. Einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die Anrechnung aller Einkünfte aus selbstständiger Berufstätigkeit und aus Arbeitslohn (im Sinne des Einkommensteuergesetzes) auf alle Pensionen und Wartegelder unter Schonung kleiner Einkommen zu erfolgen hat.

3. Auf Grund der Vollmachten der Kartellverordnungen vom 2. November 1923 und vom 26. Juli 1930 ist eine durchgreifende Preislenkung, im besonderen bei den Grundstoffen der Industrie, den Lebensmitteln und anderen Gegenständen des Massenbedarfs, herbeizuführen. Widerstände sind durch Aufhebung von Preisbindungen, durch Herabsetzung von Zöllen oder durch Verschärfung der Kartellkontrolle zu überwinden.

Die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung ist wiederherzustellen.

4. Die Reichsregierung wird aufgefordert, zur wirksamen Bekämpfung der bedrohlich anwachsenden Kapital- und Steuerflucht

- a) unter Aufhebung etwa entgegenstehender Verwaltungsanordnungen die Finanzämter anzuweisen, in allen Zweifelsfällen von der gesetzlichen Auskunftspflicht der Banken, Bankiers und Vermögensverwalter Gebrauch zu machen;
- b) die Finanzämter anzuweisen, die Bestimmungen der §§ 33 und 34 des Einkommensteuergesetzes über die Erfassung von Gewinnen aus dem Geschäftsverkehr mit dem Ausland streng durchzuführen;
- c) die Organe des Buch- und Betriebsprüfungsdienstes in verstärktem Maße zur Aufklärung von Steuerfluchtvergehen heranzuziehen;
- d) dafür zu sorgen, daß bei Steuerfluchtvergehen die bestehenden Strafvorschriften für Steuerhinterziehungen (Freiheitsstrafen, Vermögensentziehung, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte) mit aller Schärfe angewendet und die Namen der Bestraften sowie die festgestellten Strafen in allen Fällen veröffentlicht werden;
- e) den Abschluß internationaler Rechtshilfeverträge zu betreiben.

Um die Notverordnungen, um diese Anträge wird zunächst der Kampf gehen. Er kann so oder so mit dem Sturz Brünings enden. Vielleicht stürzen ihn bisherige Partner im Bunde mit den Nazis. Vielleicht ergibt sich bald für die Sozialdemokraten die Notwendigkeit, die vorläufige Duldung der Regierung Brüning aufzugeben. Die Regierungserklärung läßt alle Möglichkeiten offen, sie enthält für uns ebensoviel Angriffspunkte wie das Programm vom 30. September.

Versucht muß aber werden, zunächst in Verhandlungen Klarzustellen, ob und welche Sicherungen für Arbeiterexistenz und soziale Fürsorge in diesem Reichstag zu erreichen sind. Schlagen diese Versuche fehl, so drohen uns noch böhere Zeiten. Aber auch auf sie wollen wir uns vorbereiten!

## Um die knappschaftliche Pensionsversicherung.

Das Schreiben des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald, das er am 1. Oktober d. J. an den Vorstand der Reichsknappschaft richtete und in welchem er diesem mitteilte, daß die Reichsknappschaft mit weiteren Zusendungen aus Mitteln der Leg. Brüning nicht zu rechnen habe, mußte unseren Verband, der als der hauptsächlichste Träger der Selbsterhaltung der Versicherten in der Knappschaft anzusehen ist, aufs schwerste beunruhigen. Aus diesem Grunde hat Kamerad Hujemann im Auftrage des Verbandsvorstandes an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe gerichtet, die als eine vorläufige Antwort auf das Schreiben des Reichsarbeitsministers gedacht ist. Ihrer Wichtigkeit halber lassen wir sie im nachstehenden folgen:

Bochum, den 15. Oktober 1930.

Im Auftrage des Vorstandes des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands möchte ich Sie, sehr verehrter Herr Minister, hiermit dringend eruchen, unverzüglich Maßnahmen vorzubereiten, um auf gelegentlichem Wege der Pensionsversicherung der im Bergbau beschäftigten Arbeiter wirksamere Hilfe als durch die Leg. Brüning zuteil werden zu lassen.

### Begründung:

Am 1. Oktober d. J. haben Sie, Herr Minister, an den Vorstand der Reichsknappschaft ein Schreiben gerichtet, in welchem Sie sich zu dem gegenwärtigen Stand der knappschaftlichen Versicherung und ihrer voraussichtlichen Entwicklung in der Zukunft geäußert haben. In diesem Schreiben legen Sie dem Vorstand auseinander, daß der Anteil der Reichsknappschaft aus dem Lohnsteuerauskommen nach Grund und Höhe von dem tatsächlichen Lohnsteuerauskommen abhängig sei und daß im Falle, daß die Leg. Brüning weniger als 75 Mill. M. ausbringt oder ganz versagt, die Gefahr nicht das Reich, sondern die Reichsknappschaft zu tragen hat. Ich sehe davon ab, hier zu untersuchen, ob in der Tat die Rechtslage so unbestreitbar wie nach Ihrer Auffassung ist, weil in den letzten Monaten die Verhältnisse in der Pensionsversicherung der Reichsknappschaft sich so ungünstig entwickelt haben, daß unverzüglich Maßnahmen getroffen werden müssen, um den Bergbau vor schwersten Erschütterungen zu bewahren und aus diesem Grunde keine Zeit für lange rechtliche Untersuchungen bleibt.

Soweit ich aus dem Schreiben an den Vorstand der Reichsknappschaft erhebe, weisen auch Sie, Herr Minister, nicht jeden Gedanken einer gelegentlichen Hilfe für die Reichsknappschaft ab, sondern spielen selbst darauf an; aber Sie bemerken, daß Ihnen eine Beschränkung der Leistungen nach § 132 durch die Selbstverwaltungsgesetze der Reichsknappschaft eine notwendige Voraussetzung für eine etwaige gelegentliche Hilfe zu sein scheint. Soweit ich über die Vorgänge bei der Reichsknappschaft unterrichtet bin, hat der Vorstand für den 22. November die diesjährige Hauptversammlung einberufen. Würde auch die Hauptversammlung Ihrer Anregung Folge leisten und eine Leistungsbeschränkung vornehmen, so würde dennoch die Pensionsversicherung vor ungeheuren Fehlbeträgen nicht bewahrt bleiben, weil ihre Einschränkungsmassnahmen sich frühestens vom 1. Januar 1931 auswirken könnten.

Außerdem bezweifle ich, daß durch Beschränkung der Leistungen die Pensionsversicherung zu sanieren ist; es sei denn, daß die Leistungen um 45 Prozent und mehr gesenkt würden. Kann dies aber jemand bei den geringen Knappschaftspensionen

fordern? Nach den Feststellungen der Reichsknappschaft betrug 1929 die wirklich ausgezahlte durchschnittliche Monatspension für einen Invaliden 63,58 M., für eine Witwe 30,28 M. und für eine Waise 3,72 M. Wer will es auf sich nehmen, diese Beträge um die Hälfte zu kürzen, wenn er davon unterrichtet ist, daß ein Knappschaftsbevollmächtigter, der zur Erwerbung der Kenntnisse für seine Arbeitsverrichtung ebenso wie der im Bergbau beschäftigte Arbeiter keine besonderen Ausgaben aufzuwenden hatte, nach fünfundsiebenzigjähriger Tätigkeit auf eine Monatspension von 365 M. Anspruch hat?

Daß die Pensionen bei der Knappschaft auch nicht etwa zu leicht oder zu früh erlangt werden, das wird Ihnen, Herr Minister, bereits ein flüchtiger Blick in das Zahlenmaterial beweisen, das ich dieser Eingabe beilege. Es zeigt mit aller Deutlichkeit, daß der Beruf des Bergarbeiters schwer, aufreibend und gefährlich wie selten ein Beruf ist, und daß es kein Vorrecht gegenüber Arbeitern anderer Berufe bedeutet, wenn die Bergarbeiter durch ihre Berufsversicherung entsprechend des früheren Verschleißes ihrer Kräfte betreut werden. In den letzten Jahren hat die Öffentlichkeit für die Bergarbeiter wenig getan. Durch die Beitragszahlung für ihre Berufsversicherung haben die Bergarbeiter für sich selbst gesorgt. Mit ihrem vorbildlichen Ausbau der Pensions- und Krankenversicherung haben sie sogar in weitgehendem Maße die Allgemeinheit entlastet, da die Wohlfahrtspflege für die Bergarbeiter und ihre Angehörigen fast nichts mehr zu leisten brauchte. Wenn es jetzt über die Kraft der Bergarbeiter geht, sich selbst zu helfen, so besteht für die Allgemeinheit die moralische Verpflichtung, hier einzuspringen. Es ist auch nicht recht noch billig, daß

1. die Pensionskasse der Knappschaft die Lasten, die ihr aus der Abtrennung von Elbsa-Lothringen, der vorübergehenden Abtrennung des Saargebiets und der Abtrennung Ostoberschlesiens entstanden, zu tragen hat, während die Großindustriellen (Stinnes, Thyssen u. a.) bereits im Jahre 1919 eine Entschädigung für ihre an Frankreich gefallenen Werke vom Reich erhalten haben;
2. die Pensionskasse der Reichsknappschaft ohne jeden Rechtszusatz die Pensionen an Kriegsinvaliden und die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen zu gewähren hat, obgleich die Mittel, die sie hierfür aufwenden muß, in die Hunderte von Millionen gehen;
3. bei Inkrafttreten des Reichsknappschaftsgesetzes 1924 Werke von der Knappschaftspflicht befreit wurden, ohne zur Deckung der Lasten für die Anwartschaften, die in diesen Werken verdient wurden, herangezogen zu werden;
4. der Knappschaftspensionskasse durch das Gesetz Leistungen auferlegt wurden, die zu tragen eher die Wohlfahrtspflege als eine Berufsversicherung verpflichtet ist.

Daß neben diesen Belastungen auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise die Pensionsversicherung der Bergarbeiter in Schwierigkeiten bringt, ist eine Selbstverständlichkeit, auf die ich deshalb nicht näher eingehen möchte. Unabhängig von der Krise wirken sich aber auch die Rationalisierungsmaßnahmen im Bergbau für die Knappschaft verheerend aus, während der Bergbau selbst Nutzen daraus zieht. Niemand wird behaupten wollen, daß es der deutschen Rastindustrie in den letzten Jahren schlecht ergangen wäre. Und doch waren die Teile der Reichsknappschaft, deren Mitgliedschaft sich in der Hauptsache aus Arbeitern der Rastindustrie zusammensetzte, Zuschußbezirkknappschaften, die von anderen Bezirkknappschaften seit Jahren durchgezogen wer-



den mühten, weil die Rationalisierungsmaßnahmen der Kaliindustrie wohl eine Steigerung der Produktion, daneben aber auch einen Abbau von 30 000 Arbeitern brachten. Die geringere Zahl der Arbeiter konnte selbstverständlich nicht die Lasten für die Anwartschaften, die durch eine mehr als doppelt so große Zahl früher erworben wurden, aufbringen.

Die gleiche Tendenz ist auch im Braunkohlen- und in verarbeiteteren Maße auch im Steinkohlenbergbau zu beobachten. Die Belastung durch die Pensionsversicherung auf den Doppelzentner Kali oder auf die Tonne Kohle wird geringer, der Anteil der Belastung auf den Kopf des aktiven Pensionsberechtigten höher. Für die Pensionsversicherung wird diese Entwicklung immer drückender, da der Verschleiß der Arbeitskraft in dem durch Maschinen bestimmten Arbeitszampo noch eher als sonst erfolgt. Es müßte deshalb nach unserem Dafürhalten auch der Frage nähergetreten werden, ob nicht mit einem Teil der Lasten

der Pensionsversicherung das geförderte Produkt belastet werden kann.

Aus den hier angeführten Tatsachen werden Sie ersehen haben, daß der Pensionsversicherung der im Bergbau beschäftigten Arbeiter unverzüglich auf eine wirksamere Art, als es bisher durch die Begrenzung der Zahl der Arbeiter, die gerade in der Zeit der schwersten Not sich als eine so unsichere Hilfe erweist, geholfen werden muß. In der Hoffnung, daß Sie, Herr Minister, sich den hier vorgebrachten Gründen nicht verschließen, möchte ich Sie bitten, die Vertreter der Bergarbeiterverbände möglichst bald zu einer Aussprache mit Ihnen einzuladen.

Mit hochachtungsvollem Glückwunsch!

Für den Vorstand des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands:

Husemann, Vorsitzender.

## Her mit der Neunstundenschicht!

Unglaubliche Stimmungsmache eines Großindustriellen.

Es ist im allgemeinen bekannt, daß das schwerindustrielle Blatt, die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, nicht ernst genommen wird, da sich der Inhalt dieser Zeitung meistens auf einem Niveau bewegt, das sich von der unsäglichsten Schreibweise politischer Heftblätter kaum unterscheidet. Infolgedessen muß man es grundsätzlich als ausfallslos bezeichnen, die in dieser Zeitung veröffentlichten Anschauungen und Forderungen zu widerlegen. Wenn nachstehend trotzdem der Versuch einer Richtigerstellung gemacht wird, dann geschieht das aus verschiedenen Gründen. Es soll an diesem Schulbeispiel erneut gezeigt werden, in welcher verantwortungslosen Weise auch die Unternehmerrasse die gegenwärtige Notlage breiter Volksschichten ausnützt, um Verwirrungen zu erzeugen und Falschungen nicht zurückzuführen. Derartige zweifelhafte Ziele und Mittel sind unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber als verbrecherisch am Volksganzen zu bezeichnen. Oder grenzt es nicht an Wahnsinn, wenn nach den Darlegungen eines „ersten deutschen Industriellen“ in der „D. Bergw.-Ztg.“ vom 12. Oktober d. J. die Lösung des Arbeitslosenproblems wie folgt proklamiert wird:

„Eines ist absolut sicher, nämlich, daß es in zwei Jahren keinen einzigen Arbeitslosen mehr geben würde, wenn die vorhandenen 70 000 Arbeitersekretäre verschwinden würden und dafür die Wirtschaft nur von einem einzigen Menschen geführt werden könnte, der, unbekümmert um politische Sonderinteressen, seinen geraden Weg ginge. Dabei würde dieser Führer es nicht einmal nötig haben, die Löhne und Gehälter in ihrer Totalität zu ändern. Die Ausgaben für Soziallasten würden durch Verschwinden der Arbeitslosen von selbst ermäßigt werden. Der Führer würde von dem Volk nur eine höhere Leistung verlangen müssen, wie sie einzig und allein durch Verlängerung der Arbeitszeit zu erzielen wäre.“

Was soll man zu diesen Darlegungen sagen? Zunächst muß man feststellen, daß es eine gemeine, bodenlose Lüge und Frechheit ist, zu behaupten, in Deutschland gäbe es 70 000 Gewerkschaftssekretäre. Ungefähr der zehnte Teil, also etwa 7000, dürfte es höchstens sein. Die freien Gewerkschaften, die 1929 über 4 900 000 Mitglieder zählten, verfügten im letzten Jahre — einschließlich der weiblichen Hilfskräfte — über rund 4500 Angestellte. Auf 1000 Mitglieder kommt demnach, gut gerechnet, eine angestellte Person. Wenn man nun bedenkt, daß die freien Gewerkschaften im letzten Jahre allein 545 000 Rechtschutzfälle zu erledigen, 4244 Lohnstarife und 251 Millionen Mark an Einnahmen zu verwalten hatten, dann dürfte ein weiterer Kommentar zu diesem Sachverhalt überflüssig sein.

Aber nachdem einer der „ersten deutschen Wirtschaftsführer“ es für notwendig befunden hat, die Existenzberechtigung der Gewerkschaften in Erwägung zu ziehen, sei eine Gegenfrage gestattet: Warum sollen ausgerechnet die Gewerkschaften bzw. ihre Funktionäre verschwinden und die Unternehmerrasse in ihrer Totalität bestehen bleiben? Oder ist es einem der „ersten“ Industriellen in Deutschland nicht bekannt, daß es einen Reichsverband der deutschen Industrie gibt, dem 1730 wirtschaftspolitische Unternehmerverbände angehören? Ist es dem Artikel-schreiber nicht bekannt, daß daneben eine Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände existiert, die 3009 sozialpolitische Unternehmerverbände umfaßt? Wie viele Sekretäre und Syndikus diese Tausende von Unternehmerverbänden beschäftigen, ist uns nicht bekannt. Wahrscheinlich ist aber, daß es weit mehr Unternehmersekretäre als Arbeitersekretäre gibt und daß erstere ein weit höheres Einkommen als letztere beziehen. Wenn also das ganze Organisationswesen aufgeräumt werden soll, warum will dann der radikale Unternehmer nur die Arbeiterorganisationen beseitigen? Die ganze wirtschaftspolitische Weisheit des Herrn Großindustriellen entpuppt sich entweder als grenzenlose Naivität oder als gemeine Demagogie. Die vorstehenden Ausführungen des Industriellen sind deshalb, kritisch betrachtet, nicht ernst zu nehmen, weil zunächst der Ausgangspunkt völlig unrichtig und unehrig ist.

Man könnte deshalb diesen Propheten, wie so manchen anderen Ankläger, ruhig übergehen. Doch sehen wir noch kurz, welche Bedeutung den sachlichen Darlegungen betreffend die Verlängerung der Arbeitszeit innewohnt. Dazu wird in dem Artikel ergänzend noch bemerkt:

„Gewiß, ich erkenne an, daß die Gewerkschaften mit ihren 70 000 Gewerkschaftssekretären und Agenten die Vertretung der Arbeiter in Händen haben, und ich kann durchaus verstehen, daß sie als solche sich bemühen, von dem Ertragnis der Arbeit einen möglichst hohen Prozentsatz für die Arbeiter zu sichern. Jeder vernünftige Mensch wird ihnen dieses Recht zugestehen. Das Verderbliche an der Sache ist nur, daß sich die Herrschaften um das Ertragnis der Arbeit gar nicht kümmern. Sie betrachten diese Seite der Wirtschaft so, als wenn sie vollständig nebensächlich wäre. Ihr einziges Ziel ist, bei möglichst kurzer Arbeitszeit möglichst viel Lohn herauszuholen. Ihnen kommt der Gedanke gar nicht, mit dafür zu sorgen, daß der Topf gefüllt wird.“

Zur Rechtfertigung und Begründung dieses ungeheuerlichen Werturteils über die gewerkschaftliche Stellung zur Wirtschaftspolitik verweist der industrielle Anonymus auf ein Beispiel aus dem Bergbau. Er weist darauf hin, daß Deutschland trotz tiefer Halbbestände an Kohlen in diesem Jahre erhebliche Mengen englischer Kohle eingeführt habe. Daraus schließt er, daß, wenn die deutschen Bergarbeiter bei gleichem Lohn eine Stunde länger arbeiten würden, das englische Kohlengeschäft unmöglich sei. Diese Notwendigkeit der Mehrarbeit verhindert aber die Gewerkschaften durch ihre Arbeitszeitpolitik. Was für den Bergbau gilt, sagt er weiter, sei auch für die übrigen Industrien maßgebend.

Dazu ist kurz folgendes zu bemerken: Deutschland führte schon in der Vorkriegszeit aus Großbritannien über 9 Mill. T. Kohle ein, also zu einer Zeit, in der es noch keine Tarifverträge im Bergbau gab. Diese Einfuhr ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die englische Kohle in den norddeutschen Küstengebieten billiger gehandelt wird, weil dahin vor allem die Transportkosten für den englischen Bergbau niedriger als für den deutschen sind. Im letzten Jahre betrug die Kohleneinfuhr aus Großbritannien aber nur 5,3 Mill. T., war also bedeutend niedriger als 1913. Dieses relativ günstige Verhältnis ist dadurch möglich geworden, daß infolge der Rationalisierungsmaßnahmen der Ruhrbergmann pro Schicht heute 42 Proz. mehr leistet als früher, obwohl die Schichtzeit um eine halbe Stunde verringert worden ist. Die arbeitsmarktpolitischen Folgen dieses gesteigerten Leistungseffektes sind, daß allein im Ruhrbergbau die Belegschaftszahl von 426 000 im Jahre 1913 auf 327 000 im Juli d. J. gesunken ist. Durch die Rationalisierungsmaßnahmen sind also die Produktionsweise und Beschäftigungsstruktur völlig verändert worden. Anstatt nun daraus den Schluß zu ziehen, daß die Arbeitslosigkeit nur durch eine Verfürgung der Arbeitszeit beseitigt werden kann, fordert man genau das Gegenteil — eine Verlängerung der Arbeitszeit.

Das Tollste von den Darlegungen aber ist, daß man zum Schluß betont:

„Es ist Zeit, daß wir zur Selbsthilfe greifen; wir können den falschen Propheten das Steuer nicht weiter überlassen. Die Führung der deutschen Wirtschaftspolitik gehört in die Hände eines politisch nicht beeinflussten Mannes, der die Zusammenhänge nicht nur mit klarem Blick erkennt, sondern auch gewillt ist, aus seiner Erkenntnis die praktischen Schlussfolgerungen zu ziehen.“

Eine Diktatur soll also das unsinnige Rezept des großen Unbekannten verwirklichen. Wenn die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ diese Darlegungen als besonders beherzigtenswert hinstellt, dann werden die Gewerkschaften diese Mahnung gern erfüllen. Wenn nämlich die kapitalistischen Wirtschaftsführer in einer Zeit, in der wir 3 Millionen Erwerbslose haben, keinen anderen Ausweg wissen, als eine Verlängerung der Arbeitszeit zu proklamieren, dann ist es wirklich Zeit, daß sie verschwinden.

den Weg. Wieso das der Fall ist, braucht wohl hier nicht besonders dargelegt zu werden.

Und da erhebt nun die Frage, wie wir wohl dieses entsetzende Problem, das uns zur Lösung gestellt ist: „Erfassung der Massen“, am besten lösen könnten. Hören wir, was Solimann darüber schreibt:

„Da scheint mir nun, daß der sozialistische Kampfblock aller unserer Organisationen, der sich in diesem Wahlgang gebildet hat, dauernd für die sozialistische Presse nutzbar gemacht werden muß. Nicht nur durch gelegentliche Zeitungsagitation. Die Gewerkschaften sollten die sehr schwere, aber auch sehr bedeutende Aufgabe prüfen, ob nicht in einer kommenden Zeit aufsteigender Konjunktur der Bezug eines Arbeiterblattes für die Gewerkschaftsmitglieder obligatorisch gemacht werden könnte. Der Bezugspreis wäre dann in einem erträglich zu erhöhenden Gewerkschaftsbeitrag enthalten. Bei der Vervielfachung des Bezugsstandes und des gar nicht auszubehaltenden Wachstums an Inseraten würde der Bezugspreis tief unter dem jetzigen liegen können. Die Geschäftspfeifen (Zustellung, Rastierung) würden geringer. Für die verhältnismäßig geringe Erhöhung der Beiträge würde den Mitgliedern sofort eine tägliche Zeitung geboten, ein Blatt, das an Umfang und Inhalt unsere heutigen Zeitungen weit überholen würde.“

Welche Möglichkeiten für die Gewerkschaften, täglich zu allen ihren Mitgliedern reden zu können! Welche Verringerung der Fluktuation, wenn die Mitglieder, auch die nicht zu Versammlungen gehenden, täglich unter Einfluß gehalten werden würden! Welche Kraftentfaltung bei Streiks und Aussperrungen! Welche eine Erleichterung der gewerkschaftlichen Organisation und welche eine Möglichkeit, die Frauenwelt unter Einfluß zu nehmen! Wie leicht bräde die obligatorische Zeitung infolge der plötzlich erhöhten Beiträge vorübergehend einen Mitgliedererfolg. Er würde rasch begehrt werden. Die Gesamtpotenz der Gewerkschaften wäre unzweifelhaft stark erhöht.

Ein phantastischer Vorschlag?

Nun, in Belgien, mit allerdings anderer geschichtlicher Entwicklung, ist er mindestens teilweise verwirklicht. Der Ausblick für Deutschland ist so gewaltig, daß der Gedanke, der nur in Jahren reifen könnte, aller Prüfung wert ist.

Uns scheint dieser Vorschlag keineswegs phantastisch. Das heißt, wir halten ihn für erwägenswert und seine Verwirklichung für grundsätzlich möglich. Es bliebe nur zu fragen, wie die Organisation solcher Unternehmensaussehen soll, ob man ein zentrales Organ für sämtliche Gewerkschaften gründen soll oder örtlich erscheinende Zeitungen für einzelne Wirtschaftszweige. Oder ist nur an ein täglich erscheinendes Verbandsorgan gedacht? Oder vielleicht gar nur an den obligatorisch gemachten Bezug des Parteiblattes am Wohnort des Gewerkschafters?

Wir selbst hielten die Erfassung in Wirtschaftsgebieten für die erwägenswerteste. Wir denken das so, daß z. B. das Industriegebiet Rheinland-Westfalen eine Tageszeitung erhalten könnte, deren Bezug für alle in diesem Gebiet wohnenden Freigewerkschaftler obligatorisch wäre. Daß man damit auch dem lokalen Sensationshunger gerecht werden kann, beweisen ja die Blätter wie „Der Mittag“ und der „Dormunder General-Anzeiger“. Eine solche Zeitung müßte natürlich schon in Form und Aufmachung jede Konkurrenz schlagen.

Könnte das letztere gewährleistet werden, dann wäre ein solches Unternehmen schon im voraus gesichert, wenn eine redaktionelle Zeitung sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigte. Das „Wie“ im einzelnen wollen wir dabei ganz unberücksichtigt lassen, insbesondere, ob völlige Neuschöpfung, Unterpflanzung oder Ausbau von bereits vorhandenen usw. Das alles hätte nur formale Bedeutung. Das Ausschlaggebende ist vorläufig, daß grundsätzlich, moralisch und finanziell alle Voraussetzungen für ein solches Unternehmen als gegeben erachtet werden dürfen.

Das Ganze erfordert natürlich eine gründliche Behandlung zwischen den in Frage kommenden Organisationen. Jedenfalls sollte man möglichst ungehäut an das Problem herangehen. Entweder muß es sich dann als utopisch und undurchführbar erweisen oder umgekehrt. Im letzteren Fall aber müßte es eben- so ungehäut in mutiger Tat gelöst werden. Neue Zeiten erfordern eben neue Maßnahmen!

Wenn wir also den Plan vorerst nicht für phantastisch halten, ganz gleich, wie er von Solimann im einzelnen gedacht ist, so müßte seine Verwirklichung aber gigantisch genannt werden.

Man denke sich ein Zeitungsunternehmen — das Unternehmen im Reichsmaßstab gesehen — mit über fünf Millionen Abonnenten! Das hieße für diese Zeitung die doppelte und vielleicht dreifache Leserschaft erreichen. Welche ungeheure Verbreitungsmöglichkeit unseres Ideengebiets tut sich da auf! Der Plan — der übrigens schon längere Zeit hier und da schickern in die Diskussion gedrängt wurde — sollte deshalb doch allmählich auf seine Reife geprüft werden. Seine Perspektive ist zu verlockend, um ihn nur als genialen Einfall weiter zu bewundern. Wir dürfen nicht die Gefahr riskieren, später mit dem Vorwurf bedacht zu werden, daß wir zwar eine fünf-millionenmacht organisieren konnten, aber diese Tatsache nicht richtig auszunutzen wußten.

P. Z.

## Gesundheitsfürsorge in der Invalidenversicherung.

Im Jahre 1929 wurden in der Invalidenversicherung 235 203 versicherte Männer und 154 513 versicherte Frauen, zusammen 389 716 Personen oder 4,8 Prozent mehr als 1928, in Heilbehandlung genommen. Stärker als der Umfang sind die Kosten der Heilbehandlung gestiegen. Die Durchschnittskosten für eine behandelte Person haben sich von 194 M. auf 213 M. erhöht. Die Gesamtkosten für Heilbehandlung beliefen sich auf 83,2 Mill. M. gegen 72,1 Mill. M. im Jahre vorher, wovon jedoch nur 58,4 Mill. M. (50,3 Mill. M.) von der Invalidenversicherung selbst übernommen wurden; die restlichen 24,8 Mill. Mark wurden von anderen Zweigen der Sozialversicherung, von Gemeinden usw. getragen.

Der Kampf gegen die Tuberkulose steht immer noch im Vordergrund der Heilbehandlung. Im Berichtsjahr wurden 41 172 versicherte Tuberkulose einer Behandlung wegen Tuberkulose unterzogen. Es waren zwar 8,5 Prozent weniger als 1928, aber der Kostenaufwand ist hauptsächlich wegen längerer Behandlungsdauer im einzelnen um 8,9 Proz. auf 32,7 Mill. M. gestiegen. Unter den Berufsgruppen standen die weiblichen Hausangestellten mit 29,2 Prozent weit über dem Durchschnitt (etwa 10 Proz.) der Angehörigen der übrigen Berufsgruppen. Einer Heilbehandlung wegen Geschlechtskrankheiten wurden im Berichtsjahre 23 433 Versicherte gegen 18 131 im Jahre vorher und 13 497 im Jahre 1927 unterzogen.

Wieder nahm die Zahnbildung den Hauptteil in der Gesundheitsfürsorge ein. Aber verhältnismäßig noch stärker ist in den beiden letzten Jahren die Zahl der Behandelten bei den Stoffwechselkrankheiten und Nervenerkrankheiten gestiegen. Die Behandlung bei Alkoholkrankheiten ist auf über das Doppelte angewachsen. Die Kindergesundheitsfürsorge wurde durch die Unterbringung von 57 437 Kindern in Heilstätten gefördert. Zu ihrer Heilbehandlung verfügte die Invalidenversicherung über 122 Heilstätten mit zusammen über 16 000 Betten.

Die Gesamtausgabe für die Gesundheitsfürsorge der Invalidenversicherung stieg sich 1929 auf 116,7 Mill. M.

## Weltmacht Presse und die Gewerkschaften.

Die deutschen freien Gewerkschaften sind gewiß eine starke Macht. Das gilt wenigstens rein organisationspolitisch gesehen. Zählen sie doch rund 5 Millionen Mitglieder. Das sind fünf Millionen Menschen, die in ihrer Grundausstattung unserem und damit auch dem sozialistischen Gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zielstreben zuneigen.

Wir sagen: in der Grundausstattung. In der Bewertung der politischen Problematik aber ist das ganz anders. Hier geht ein gewaltiger Teil dieser fünf Millionen eigene Wege. Die Parlamentswahlen beweisen das aufs deutlichste. Man denke nur an das Resultat der letzten Reichstagswahl. Hierüber schreibt schon Wilhelm Solimann in den „Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse“:

„Bei 5 Millionen organisierter Gewerkschaften haben wir nur 8 1/2 Millionen Stimmen erhalten. Nehmen wir an, es hätten eine Million erwerbslose Gewerkschaftler dominiert gewählt. Bleiben noch 4 Millionen, die bis auf wenige Zehntausende wahlberechtigt sind. Rechnen wir dazu die Hausfrauen der Organisierten, ihre erwachsenen Kinder und den nächsten Anhang der organisierten Massen, so können wir diesmal in andere Schichten nicht viel eingedrungen sein.“

Wir glauben, daß Solimann noch nicht schwarz genug sieht. Unsere Meinung ist die, daß wir auch aus den Reihen der Unorganisierten noch eine ganze Anzahl Stimmen erhalten haben. Und zwar aus jenen Schichten, die schon bei sozialen Wahlen, besonders Betriebsrätemahlen, die freigewerkschaftlichen Listen wählen. Demnach müßten also noch mehr Gewerkschaftler bei

der Parlamentswahl abgeprungen sein, sei es nach links oder zu den Bürgerlichen.

Die Politik wird eben in der Tagespresse gemacht. Hier wird auch die politische Meinung gebildet. Wahlen sind immer entschieden, bevor sie stattfinden. Der Wahlkampf ist mehr ein Kampf um die Wahlbeteiligung.

Wir sagen, daß die Tagespresse die Wahlmeinung macht. Es wird entgegengehalten, daß das nicht stimmt, weil der Erfolg der Nazis etwas anderes beweise. Das ist eine große Täuschung. Die Art, wie die bürgerliche Presse diese Bewegung behandelt, war für letztere wirksamer, als hätte sie selbst eine große Presse führen können. Hinzu kam die offene Sympathie einflussreicher Finanziers, des alten Adels usw. Das mußte dem Spießer die Meinung suggerieren, daß hier die „Reiter“ aufmarschieren. Und diese Meinung war fertig, bevor wir mit dem Gegenstoß eintraten.

Und der mußte ins Leere treffen, weil die sozialdemokratische Presse eben nicht das nötige Abonnentenvolumen besitzt. Wir haben zwar fünf Millionen freie, also sozialistische Gewerkschaftler. Haben wir auch fünf Millionen sozialistische Zeitungsabonnenten? Wir stellen nur die Frage, um das Problem zu zeigen.

Dahinter kommen aber nochmals fünf bis zehn Millionen unorganisierte Werttätige, die soziologisch zu uns gehören. Weshalb sind sie nicht wirklich bei uns? Weil sie durch die bürgerliche Presse in einer ganz anderen politischen Geisteswelt gefangen gehalten werden. Ihre tägliche Zeitung verrißert ihnen



# Die Gewerkschaften zur Wirtschafts- und Finanzkrise.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am 12. Oktober im Reichswirtschaftsrat zu seiner neunten Tagung zusammen.

Der einzige Gegenstand der Tagesordnung war die Stellungnahme zu der Wirtschafts- und Finanzkrise. Der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart, nahm einleitend das Wort zu folgenden Ausführungen:

Wir befinden uns in Deutschland und fast in der ganzen Welt in einer Wirtschaftskrise, wie sie in solchem Ausmaß wohl noch niemals dagewesen ist. Ich kann es mir in diesem Kreise verlagern, die schwere der Krise an Hand von Zahlenmaterial zu erhellen. Die Zahl der Arbeitslosen, die wohl in jedem Verlande weit höher ist als in früheren schlechtesten Zeiten, beläuft sich auf 10 Millionen. Leider haben wir keinen Anhaltspunkt dafür, ob die Krise nun bereits an ihrem Tiefpunkt angekommen ist. Wir müssen mit weiteren Verschlechterungen vor sich schreiten rechnen. Aber selbst wenn die Konjunktur ihren tiefsten Stand erreicht haben sollte, wird die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten wegen des Eintritts des Winters noch weiter ansteigen. In früheren Jahren konnte die öffentliche Hand durch Bereitstellung von Notstandsarbeiten einen Teil der Arbeitslosen auffangen, aber gerade jetzt, wo die Not der Wirtschaft am größten ist, ist mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm kaum zu rechnen. Infolge einer verfehlten Finanzwirtschaft sind nämlich die öffentlichen Kassen nicht nur leer, sondern müssen sich mühselig durch Aufnahme kurzfristiger Kredite von Tag zu Tag durchhelfen. Es rächt sich jetzt die Politik des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der zu einer Zeit, als Auslandsanleihen noch verhältnismäßig billig waren, der öffentlichen Hand den Zugang zum ausländischen Markt gesperrt hat. Es rächt sich die Leichtfertigkeit früherer Finanzminister, die keine Reserven zurücklegen wollten, sondern es für richtig hielten, den Reichshaushalt „am Rande des Defizits balancieren“ zu lassen, wie es der damalige Reichsfinanzminister Dr. Reinhold ausdrückte.

Ob wir zur Zeit Auslandsanleihen zum Zwecke der Arbeitsfinanzierung erhalten können, erscheint also zweifelhaft. Der laufende Reichshaushalt hat ein Defizit von rund 1 Milliarde Mark. Die Ersparnismaßnahmen des neuen Regierungsprogramms, wie z. B. die Gehaltskürzungen, sollen erst zu Beginn des neuen Etatsjahres, also zum 1. April 1931, wirksam werden. Auf Grund dieser späteren Ersparnismaßnahmen hofft die Regierung für das laufende Jahr einen „Ueberbrückungskredit“ zu erhalten, der dann freilich die Aufnahme weiterer Anleihen aufs äußerste erschweren würde. Es kommt hinzu, daß das Regierungsprogramm eine Kürzung der Hauszinssteuern für den Wohnungsbau um 400 Mill. M. vorsieht und diesen Ausfall durch Finanzierung mittels Anleihen auszugleichen beabsichtigt. Es ist fraglich, ob derart beträchtliche Summen auf dem Anleihewege zu erhalten sind. Sollte dies aber der Fall sein, so würde eine weitere Verknappung des Anleihe-marktes eintreten und damit die Aufnahme weiterer Kredite zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung noch mehr eingeengt und damit noch unwahrscheinlicher werden.

In einem Augenblick, wo der Druck auf die Löhne so stark ist, erhält

## die Frage der Preishöhe

eine besondere Bedeutung. Die Unternehmer glauben eine Preislenkung nur nach vorheriger Lohnlenkung und im Ausmaße dieser Lohnlenkung durchführen zu können. Es ist ihnen gelungen, weite Kreise der Öffentlichkeit von der Richtigkeit dieser Argumentation zu überzeugen, denn im allgemeinen weiß eben der Außenstehende nicht, daß die Löhne einen verhältnismäßig geringen Anteil an den

Herstellungskosten haben. So betragen nach einer Aufstellung des Instituts für Konjunkturforschung die Löhne in den Hochlohnbetrieben nur 7 Prozent des Produktionswertes, in der chemischen Industrie, in der Lederindustrie, in der Steinkohlenerie nur 10 Prozent, in der Textilindustrie noch nicht 20 Prozent. Eine Reduktion der Löhne würde hier also das Preisniveau nur ganz geringfügig verändern können. Viel bedeutender für die Änderungen der Warenpreise sind die Änderungen in den Preisen für Rohstoffe. Innerhalb des letzten Jahres ist eine Reihe wichtiger Rohstoffe, wie Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Wolle, Baumwolle, Glas, Sulfur, Kohle, Rindhäute, Schrott, Kautschuk, um 25 bis 40 Prozent gestiegen. Wir merken aber noch nicht, daß die Fertigwarenpreise dementsprechend billiger geworden sind. Wir merken ebensowenig, daß die im Inlande hergestellten Rohstoffe, insbesondere Kohle und Eisen, in dem Maße nachgegeben haben, wie es der jetzigen Wirtschaftskrise entspricht. Die Differenz zwischen den Inlands- und Auslandspreisen wichtiger Produkte wird von Woche zu Woche größer und unerträglich. Die Regierung hat zwar durch die Verkürzung der Verordnung über die Kartelle einen zaghaften Anfang gemacht, von sich aus in diese Preisgestaltung einzugreifen, aber mächtige Kräfte sind ihr sofort in den Arm gefallen. Wir müssen fordern, daß die Kartellkontrolle unverzüglich schärfer gehandhabt wird, und daß zum Mittel der Zollsenkung für diejenigen Produkte, deren Preise zu stark unter dem Einfluß der Syndikatsbildung stehen, gegriffen wird. Schon einmal hat eine rechtsstehende Regierung mit dem Mittel der Zollsenkung gedroht, wenn sie auch nachher nicht den Mut hatte, diese Drohung durchzuführen. Im August 1925, nach der großen Revision des Zolltarifs, drohte der deutsche nationale Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhäus im Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates damit, daß die Regierung zwecks Herabsetzung der Preise genötigt sein könne, „die Sätze des autonomen Tarifs auf Grund der ihr erteilten Ermächtigung zu senken“.

Die Unternehmer, die über

## die Höhe der Löhne

klagen, beachten auch nicht, daß zwar der Lohn des einzelnen ein wenig erhöht sein mag, daß aber infolge der Rationalisierung in der Regel die ausgezahlte Lohnsumme ganz beträchtlich gesunken ist. Sie kümmern sich auch nicht um die Kaufkraft der Löhne. Um so mehr ist es unsere Aufgabe, auf eine Senkung der Lebenshaltungskosten hinzuwirken, besonders wenn eine Lohnsenkung in bedrohliche Nähe gerückt ist. Im Interesse der Volkswirtschaft haben wir bisher einen Ausgleich zwischen der Kaufkraft der ländlichen und städtischen Bevölkerung angestrebt. Wir haben die Versuche der Stabilisierung von Preisen landwirtschaftlicher Produkte gebilligt — natürlich abgesehen von den Uebertreibungen des Ministers Schiele. Wir haben es für richtig gehalten, daß durch diese Stabilisierung der Landwirt von dem Zufall des Ernteergebnisses nach Möglichkeit unabhängig werde. Wir müssen es uns jetzt überlegen, ob wir eine solche Politik noch weiter billigen können. Wird das von uns angestrebte Gleichgewicht zwischen ländlicher und städtischer Kaufkraft durch Lohnsenkungen gestört, dann fällt die Voraussetzung für unsere Unterstützung der Landwirtschaft fort. Dann müssen wir verlangen, daß auch die landwirtschaftlichen Produkte in ihren Preisen der Kaufkraftminderung der städtischen Bevölkerung entsprechend sinken. Wir würden eine solche Stellungnahme bedauern, aber wir könnten es auf die Dauer nicht mit ansehen, daß auf der einen Seite die Lebenshaltung des Arbeiters herabgedrückt wird, während auf der anderen Seite die Inlandspreise für Roggen und Weizen, für Zucker, Gerste und Hafer weit

über den Auslandspreisen stehen, und daß demzufolge die Gefahr besteht, daß auch die Viehpreise im Inland in Kürze sich weit über die Preise des Auslandes erheben. Wenn der ausländische Arbeiter billige Nahrungsmittel beziehen kann, so muß auch dem deutschen Arbeiter das gleiche zugestanden werden.

Im nächsten Absatz der Entschließung ist zu den Plänen der Reichsregierung zur

## Neuregelung der Wohnungswirtschaft

Stellung genommen. Der Plan der Regierung enthält keinen Vorschlag zur stärkeren Anforderung des Wohnungsbaues, obwohl das im Hinblick auf die Arbeitsmarktlage und die schlechten Wohnverhältnisse der breiten Masse der Bevölkerung die Voraussetzung hätte sein müssen. Die Regierung beabsichtigt, den entgegengesetzten Weg zu gehen. Statt der bisherigen Verwendung von 800 Mill. M. aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau will sie künftig diesem Zwecke nur noch 400 Mill. M. zuführen. Die verbleibenden 400 Millionen sollen der Senkung der Realsteuern dienen. Es ist aber anzunehmen, daß es zu keiner Steuerlenkung kommt, vielmehr dürften diese 400 Mill. M. zur Stopfung des Defizits im Reichshaushalt verwendet werden.

Die Kürzung der öffentlichen Gelder für den Wohnungsbau nötigt zu einer starken Einschränkung der Wohnungsbauaktivität. Nach dem Plane der Regierung sollen von 1931 ab jährlich nur noch 165 000 Wohnungen mit Hilfe von Hauszinssteuerehypotheken gebaut und weitere 50 000 Wohnungen ohne jegliche Zuschüsse vom freien Kapitalmarkt aus finanziert werden. Es sollen also insgesamt in den kommenden Jahren im günstigsten Falle nur noch 215 000 Wohnungen gebaut werden. Berücksichtigt man, daß im Jahre 1929 rund 330 000 Wohnungen erstellt wurden, dann ist für die kommenden Jahre nur noch mit einer Wohnungsbauaktivität von höchstens zwei Drittel des bisherigen Umfangs zu rechnen. Das muß katastrophale Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt nach sich ziehen. Die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit der bauwirtschaftlichen Arbeiter wird einmal durch das Erlahmen der öffentlichen und gewerblichen Bautätigkeit infolge der schlechten Finanz- und Wirtschaftslage, zum anderen durch die von der Regierung vorgegebene Abkürzung der Hauszinssteuergelder für den Wohnungsbau und weiter durch den Umstand, daß nur noch ganz kleine Wohnungen gebaut werden sollen, schätzungsweise um ein weiteres Drittel steigen.

Ab 1. April 1936 soll die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau gänzlich in Wegfall kommen. Damit gibt die Regierung den Wohnungsbau völlig der privaten Bauwirtschaft preis, obwohl die Verhältnisse der Vorkriegszeit bewiesen haben, daß die Privatwirtschaft ihre Aufgabe in bezug auf den Kleinwohnungsbau nicht lösen konnte. Heute, unter bedeutend schwierigeren Verhältnissen, ist der Einfluß der öffentlichen Hand auf diesem Gebiete noch notwendiger. Der hier von der Regierung gemachte Vorschlag ist daher ein doppelter Fehler.

Auffallend ist, daß die Regierung kurzerhand 400 Mill. M. dem Wohnungsbau entziehen will, andererseits aber von einer besseren Ausdehnung der Hauszinssteuer, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren gefordert wird, absieht. In Preußen allein würden, wenn die vom Mieter gezahlten Hauszinssteuerebeträge in vollem Umfange vom Hausbesitzer an die Steuerkassen abgeführt würden, allein 300 Mill. M. mehr einkommen.

Nach dem Regierungsplan soll auch der Mieter zuhause in den nächsten Jahren weiter gelockert werden und am 1. April 1936 ganz in Wegfall kommen. Auch hier hat die Regierung den Forderungen der Hausbesitzer glatt nachgegeben. Die Gewerkschaften haben sich in den letzten Jahren wiederholt für die Beibehaltung des Mieter zuhause ausgesprochen. Die sogenannte freie Wirtschaft im Wohnungsweisen, wie sie jetzt

## Nationalismus, Diktatur, Sozialismus.

Eine geistige Seuche rast durch die Welt: der krankhaft übersteigerte Nationalismus. Italien, Ungarn, Deutschland, Polen, Tschechoslowakei, Finnland, Österreich, Serbien, Rumänien — in allen diesen Ländern überlagern sich die aufgepeitschten nationalistischen Instinkte in Worten, Schlägereien und Krawallen. Geringfügige Grenzverletzungen werden ins Maßlose aufgebauscht. Immer ist der andere schuld. Immer ist der andere der böswillige Unruhestifter. Drüben erlaubt sich ein vielleicht einflussreiches Blatt, ein verantwortungsloser Schreiber irgendeine nationalistische Ungezogenheit: schon erhebt sich hüben ein schreckliches Getöse über die abgrundtiefe Schlechtigkeit des ganzen Volkes von drüben. Die nationale Seele schäumt, tocht und sprudelt vor heiliger Entrüstung. Jeder Nationalist glaubt, sein Volk sei das beste, seine Sprache sei die schönste, die Sitten seines Volkes seien die vollkommensten, sein Vaterland sei das herrlichste, nur seine Nation sei berufen, Beherrscher und Führer der übrigen Welt zu sein. Jeder Nationalist betrachtet den von drüben als vollendeten Idioten, dessen Sprache „so komisch“ klingt. Ja, selbst innerhalb eines Volkes belegen sich beiderseitige Totalpatrioten mit den lieblichsten Rosenamen, als da beispielsweise sind: der „Saupreiß“, der „schlechte Hesse“, der „Münch“, der „Ochspreißer“ usw. Dabei hat jede Sprache ihre Schönheiten, wenn man sie nur gründlich beherrscht. Jede Sprache hat keinen anderen Zweck als den der Verständigung. Darum ist auch jede Sprache gut, jedes Land ist schön für den, der darin aufgewachsen ist. Den von drüben deswegen zu hassen ist daher unnötig und zeugt von einem großen Mangel an weltpolitischem Verständnis. Menschen, die mehrere Sprachen beherrschen und in der Welt herumgekommen sind, sind darum auch selten ausgeprochene Nationalisten. Aber an jeder Grenze liegen zwei „Erbsenbündel“, deren nationalistische Heißsporne schon dafür sorgen, daß die gegenseitige nationalistische Hege nicht ausstirbt.

Früher, besonders im Mittelalter, waren es die religiösen Streitfragen, die ganze Völker in den Abgrund der Vernichtung stießen. Millionen von Menschen wurden der Ausbreitung der „einzigen richtigen“ Religion geopfert. Jahrhundertlang wüteten die Religionskriege und überjagten die ganze Erde mit wahnwichtigen Grausamkeiten und Greueln. Zur Ehre Gottes troffen die Schwärmer von Blut, Scheiterhaufen, Galgen, Folterwerkzeuge vernichteten Gut und Leben. Dörfer und Städte lagen in Flammen auf. Der Irrsinn der religiösen Unduldsamkeit schlug keine Klauen und Krallen in die Gehirne. Die gesamte Menschheit verfiel der geistigen und leiblichen Erschöpfung. Allmählich, wie nach einer langen Krankheit, kam sie zur Besinnung, geweckt durch freigeistige Philosophen. Der religiöse Fanatismus vererbte langsam und ließ nur noch die Erinnerung an die Schrecken vorfindener Jahrhunderte zurück.

Die Abkehr von unfruchtbaren religiösen Streitfragen lenkte den rastlos strebenden Menschengestalt auf Gebiete, die noch kein Bflug der Furchung berührte. Die Struktur der Wirtschaft, der Gesellschaft begann ihn zu interessieren. An der Spitze der neuen Probleme markierte die Notwendigkeit, die Lebensbedingungen der schaffenden Volksschichten der fortschreitenden Kultur anzupassen. Die durch Sitte und Sprache zwischen den einzelnen Völkern aufgerichtete Schranke wurde morisch und fallte, bis

sie die Entwicklung der Technik und des Verkehrs zum Teil wenigstens vernünftigen und die schaffende Menschheit erkennen ließ, daß weder religiöse noch nationale Fragen eines Kampfes um den Fortschritt wert sind, sondern ausschließlich die Ueberbrückung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterschiede innerhalb einer Nation und in weiterer Folge innerhalb der Menschheit insgesamt. Aus dieser Erkenntnis heraus entstand der fruchtbare Gedanke des Zusammenchlusses aller zur Besserung der Lebensbedingungen gleichstrebenden Kräfte auf internationaler Grundlage, also ohne Rücksicht auf Religion und Nationalität.

Die Entwicklung des wirtschaftlichen Zusammenchlusses der schaffenden Stände auf internationaler Grundlage ist bekannt. Unaufhaltbar schreitet sie voran und nivelliert die Hindernisse, die der Geist einer vorfindenden Epoche ihr noch aufrichtet. Immer breiter und tiefer wirkt der Einfluß des organisierten Willens auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände. Das hat der Kapitalismus gut begriffen. Er merkt, wie die Wellen der Arbeiterbewegung zäh und rastlos den Fels seiner Herrschaft umbranden und Stück um Stück aus seinem Gefüge reißen. Dagegen aber wehrt sich der Kapitalismus mit den ihm eigenen Strauchrittermethoden. Die praktiziert er vorläufig noch mit gutem Erfolg, und zwar dadurch, daß er zwischen Völkern und Ständen den Zantapfel der „nationalen Belange“, der Profitgier und zum Teil auch der Religion wirft. So spielt er die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Gegensätze gegeneinander aus. Die heutige Zeit ist eine Epoche nationalistischer Ueberbannung. Die nationalistische Erregung fand schließlich ihren schrecklichsten Ausdruck im Weltkrieg, in dem der Wahnsinn eines künstlich genährten Völker- und Rassenhasses nie mehr über-treffbare Orgien feierte. Dieser Wahnsinn erfährt seine Fortsetzung nunmehr im Faschismus, im Nationalsozialismus. An diesen letzten Strohhalmen flammert sich der im Abstieg begriffene Kapitalismus. Deshalb bekämpft er mit allen Mitteln alle Bestrebungen, die der Befriedigung der Welt dienen, beispielsweise die Idee der Vereinigten Staaten Europas, den Kellogg-Pakt, den Völkerbund. Deshalb formiert er seine Nazi- und Stahlhelmkolonnen gegen das Volkswort dieser Bestrebungen: freie Gewerkschaft — Sozialdemokratische Partei. Deshalb forciert er die Nationalisierung, um die Arbeitslosigkeit künstlich zu steigern und so die müde gemachten Arbeitslosen zu Verzweiflungsstaten zu treiben. Deshalb wütet er gegen Bohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, gegen jede soziale Verbesserung, um die hungernden Massen unter seinen Stiefel zu zwingen und dann die alte Form seiner Macht, militärische und obrigkeitliche Gewalt, wieder aufzurichten. Deshalb bekämpft er die Demokratie, weil er weiß, daß diese die Grundlage der Selbstbestimmung und des Zusammenhalts innerhalb der Arbeiterklasse ist. Das Volk soll nicht nach seinen Wünschen gefragt werden, es soll wie früher widerspruchslos gehorchen. Dieses ehrenwerte Ziel kann aber nur durch die primitivste Regierungsform erreicht werden: die Diktatur.

Die Diktatur ist die Verneinung jeder politischen und sozialen Freiheit, ist die Verneinung menschlicher Gleichberechtigung. Gewalt ist der Grundstein ihrer Herrschaft, Ausnahme-gesetze, Standrecht, Polizei, Militär. Gefinnung ist dann ein verdächtigter Begriff. Geprochen und geschrieben darf nur wer

den, was von oben zugelassen ist. Schon Bismarck hat gesagt, mit Ausnahmegeboten könne jeder Dummkopf regieren. Ganz recht, denn Diktatur ist nichts anderes als Tyrannei: Unterdrückung von oben, Sklaverei von unten. Die Diktatur kann nur brutal sein, mit Recht und Gesetz weiß sie nicht viel anzufangen. Beweis: Italien, Rußland, Ungarn. Aufrechte Menschen können unter der Diktatur nicht gedeihen. Spigel, Feistretter, Gefinnungslumpen behaupten das Feld. Jede ehrliche Kritik, jede Kontrolle, jede Beziehung zum Volk bleibt unterbunden. Der Diktator ist ein Mann des Schreckens, ein Satrap ohne Gewissen. Die besten Kräfte und Talente des Volkes verkümmern im Schatten, bleiben ungehoben, ungehört. Bis einmal die Zeit kommt, wo eine allgemeine Korruption, ein Kampf aller gegen alle die fluchbeladene Diktatur mit Haut und Haaren aufrührt.

Jede Diktatur muß einmal fallen, weil sie nur in der ständigen Anpassung eines fleischlichen und würdelosen Volkes gedeihen kann. Sie muß vor allem auch deshalb fallen, weil sie für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Menschheit ein Hindernis bildet. Ehen und zitiert sie schreitet diese Entwicklung voran, wenn auch nicht immer auf geradem Wege. Die dauernde Entfremdung der Völker gelingt dem Kapitalismus nicht mehr, wenn auch die scheinbaren Erfolge seiner Stoßtruppe, der Nationalsozialisten, dies glauben machen könnten. Und scheinbare Erfolge trügen immer. Die fortschreitende Technik überbrückt die Schluchten zwischen den Völkern immer mehr. Der Verkehr, der Zeit und Raum immer spielender bewältigt, vernichtet die Völker gewissermaßen zu einer Nation. Die Unterschiede in Sprache und Sitte verwischen sich. Eine Weltsprache, etwa das Esperanto, wird dazu das ihrige beitragen. Sie wird einmal ihren Siegeszug durch die Welt antreten, weil sie eine Notwendigkeit ist. Einmal werden auch die Grenzen fallen, weil sie die Menschheit, die nach uns kommt, im Fortschritt, im Niedergang kulturwidriger Verhältnisse behindern. Wenn also die Nationalsozialisten zur Herrschaft im Staate kämen, würden sie die sich türmenden Schwierigkeiten noch weniger meistern können als die Kommunisten in Rußland. Zum letzten Male bäumt sich der Kapitalismus auf, diesmal durch nationalsozialistische Sturmabteilungen. Seine Zeit ist im Abfließen begriffen.

Sein Erbe wird der Sozialismus antreten. Dies Erbe wird aber vorläufig schwer zu ordnen und zu verwalten sein. Aufgaben und Schwierigkeiten, gigantisch und tatenloschwer, werden von allen Gebieten des menschlichen Daseins an die Erbberechtigten herankommen. Sie in das rechte Bett zu leiten: dazu ist die sozialistische Gemeinschaft, die organisierte Arbeiterklasse berufen. Ungeheuer ist die Verantwortung. Aber wenn ihr die berufliche Verständigung auf internationaler Grundlage gelang, wird ihr wohl auch die politische und gesellschaftliche Völkerverständigung gelingen. Ohne Demokratie ist aber dieses weltumwälzende Ziel nie zu erreichen. Auf dem Baume der Demokratie müssen sich alle Blätter, alle Zweige, alle Äste frei und ungehemmt entwickeln, kein Tropfen Saft darf abgeleitet werden. Heute befinden wir uns im Rockfessel der sich organisch und folgerichtig entwickelnden Revolution des Geistes, der Kultur, der Wirtschaft. Einige Generationen später wird das neue Weltbild auch den neuen Rahmen erhalten.

Victor Kalinowski.



wiederhergestellt werden soll, würde nichts anderes bedeuten als eine Diktatur der organisierten Hausbesitzer gegenüber der Mieterchaft, die rund 30 Prozent der deutschen Bevölkerung ausmacht. Bei dem Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage an Wohnungen und bei dem Zwang für jedermann, infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse sich mit seinen Ausgabem für die Wohnung einzuschränken, und weiter im Hinblick auf die Absicht, Löhne und Gehälter abzubauen, wird in den nächsten Jahren die Nachfrage nach kleinen Wohnungen besonders groß sein. Das muß automatisch zu einem erheblichen Anziehen der Miete für diese Wohnungen führen und davon würde die arbeitende Bevölkerung besonders hart betroffen werden. Es ist nicht einleuchtend, wie sich die Mietzinsbildung der nächsten Jahre gestalten wird. Es ist notwendig, daß die Höhe der Miete und der Löhne in einem erträglichen Verhältnis zueinander bleiben. Das ist aber nur zu erreichen durch eine gezielte Bindung, wie sie zurzeit in den Mietverhältnissen vorhanden ist, also wenn der Wohnungsinhaber vor ungerechtfertigter Mietsteigerung und vor willkürlicher Kündigung durch den Vermieter geschützt bleibt. Wie eine Neuordnung des Wohnungswesens trotz oder gerade wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen wir uns befinden, auszuführen hat, haben die Gewerkschaften in ihren wiederholten Denkschriften und Eingaben an die Ministerien und Parlamente bereits in den Jahren 1926, 1928 und Ende 1929 zur Genüge dargelegt.

Der zweite Abschnitt der Entschließung behandelt dann im besonderen die

### Krise auf dem Arbeitsmarkt.

Von jeher sind die Gewerkschaften für eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten. Hatten wir früher den Achtstundentag deshalb gefordert, weil wir dem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein erschaffen wollten, weil wir ihm einige Stunden zur freien Betätigung seiner körperlichen und geistigen Kräfte gewährleisten wollten, so haben wir die 44-Stunden-Woche in Stockholm auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress aus wirtschaftlichen Gründen gefordert. Die Rationalisierung hat der Wirtschaft ungeheure Ersparnisse an Arbeitskraft gebracht, Ersparnisse, die sich auf der anderen Seite in einer Überfüllung des Arbeitsmarktes bemerkbar machten. Der Produktionsapparat ist in gewaltigem Ausmaß vergrößert und die Absatzmöglichkeiten sind nicht entfernt so stark gewachsen, weil die Kaufkraft der breiten Massen hinter der Vermehrung der Produktion zurückbleibt. Es kann nicht damit gerechnet werden, daß in der nächsten Zeit der Produktionsapparat voll ausgenutzt und damit die Arbeiterchaft voll beschäftigt wird. Selbst in Amerika, dessen wirtschaftliche Lage unvergleichlich besser ist als die unsrige, gewinnt seit dem Beginn der dortigen Depression das Schlagwort „Fünftagewoche“ mit dem „Fünftundentag“ an Boden.

Nun hatten wir uns freilich die Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung für die Zeit eines Aufblühens der Wirtschaft vorgestellt. Jetzt aber werden wir dazu gedrängt, uns mit der gleichen Frage für die Zeit einer Wirtschaftsdpression zu beschäftigen. Was die Frucht wachsender wirtschaftlicher Betätigung sein soll, wird nunmehr zu einer bitteren Notmaßnahme. Wir haben rund 3 Millionen Arbeitslose, und wir wissen nicht, wie groß die Zahl derer sein wird, die in den nächsten Monaten noch arbeitslos werden. Heute weiß selbst der Arbeiter im Betrieb nicht, ob er morgen noch beschäftigt wird. Auch für ihn hat daher die Frage einer Arbeitszeitverkürzung Bedeutung. Eine solche Verkürzung bedeutet eine Art der Selbstversicherung der Arbeiterchaft gegen weitere Entlassungen und darüber hinaus einen Akt der Solidarität gegenüber den Arbeitslosen, denen dadurch die Möglichkeit geboten wird, früher in den Produktionsprozeß wieder eingereiht zu werden, als es nach der bisherigen normalen Arbeitsdauer erwarten könnten.

Wir haben uns ein Bild davon zu machen gesucht, wie eine Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden wohl wirken könnte. Wir haben der Vorsicht halber die Kleinbetriebe, die Landwirtschaft und die Hauswirtschaft ausgeschaltet, die schon bestehende Kurzarbeit berücksichtigt und auch das Baugewerbe mit seinen besonderen Bedingungen sowie den Bergbau, bei dem bereits jetzt zahlreiche Feiertage eingelegt sind, außer Ansatz gelassen. Wir kommen dann bei achttündiger Verkürzung der Arbeitszeit und unter der Voraussetzung gleichbleibender Konjunktur zu der sehr vorsichtig geschätzten Zahl von 250 000 bis 500 000 Arbeitslosen, also 10, 15 oder vielleicht auch 20 Prozent der derzeitigen Arbeitslorenzahl, die für eine Wiedereinstellung in Betracht kommt. Das mag wenig genug sein, aber wir dürfen nicht den psychologischen Effekt verkennen, den die Verkürzung der Arbeitszeit ausübt. Wir haben im Vorstande mehrmals und eingehend über die Frage gesprochen. Es ist dort auch zum Ausdruck gekommen, daß dieser psychologische Effekt in sein Gegenteil umschlagen könnte, wenn die Hoffnung auf Einstellung weiterer Arbeitsloser fehlschlägt. Wir würden in diesem Falle nicht nur den Arbeiter im Betrieb uns zum Gegner machen, der unter der Arbeitszeitverkürzung leidet, sondern auch den Arbeitslosen nicht zum Freunde gewinnen, dessen Hoffnungen enttäuscht sind. Dieser Einwand ist insofern anzuerkennen, als wir vorsichtig sein müssen. Wir müssen betonen, daß die Arbeitszeitverkürzung in erster Linie dem noch Arbeitenden seinen Arbeitsplatz sichert und erst darüber hinaus einige Hoffnung auf Wiedereinstellung bisher Arbeitsloser gibt.

Es ist weiter der Einwand erhoben worden, daß die Verkürzung der Arbeitszeit durch Intensivierung der Arbeit, also durch verstärktes Arbeitstempo der Arbeiter im Betrieb, wettgemacht würde. Demgegenüber darf auf die bisher geübte Selbstdisziplin der Arbeiter verwiesen werden und darauf, daß eine starke Arbeitszeitverkürzung durch schnelleres Arbeitstempo doch nicht ausgeglichen werden kann.

Man hat auch das Kaufkraftargument angeführt, aber dabei doch wohl übersehen, daß die Gesamtkaufkraft nicht geschmälert wird, sondern nur eine Verschiebung der Kaufkraft stattfindet, und daß auch die Art der Kaufkraft insofern nicht verändert wird, als der bisher Arbeitslose voraussichtlich nicht in erster Linie seine Ernährung verbessern wird, sondern zuerst an einen Ersatz für seine abgetragene Kleidung denken muß.

Wir können freilich nicht darauf bauen, daß die Unternehmer — von Ausnahmen abgesehen — sich für den Gedanken einer Arbeitszeitverkürzung begeistern werden. Was sie fordern, ist eine Verkürzung der Stundenlöhne, die ihnen eine Verbilligung der Produktionskosten gewährleistet, nicht aber eine Verkürzung der Produktionskosten auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung. Nun müssen wir — besonders nach dem Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie — vorsichtshalber mit der Möglichkeit rechnen, daß der Druck auf die Löhne so stark wird, daß er nicht immer abgewehrt werden kann. Ist es in dem Fall nicht besser, eine Lohnkürzung in der von uns für richtig befundenen und für die Arbeiterchaft vorteilhafteren Weise vorzunehmen, als mit anzusehen, daß die Unternehmer eine Lohnkürzung in ihrem Sinne durchsetzen? Bedenken wir doch ferner, daß das Schlagwort der Arbeitszeitverkürzung bereits in der bürgerlichen Presse seit Wochen diskutiert wird. Können wir nicht unterseits dazu Stellung nehmen? Wir müssen es um so mehr, als ja die Arbeitszeitverkürzung, wie jeder unserer Verbandsvertreter aus seiner Versammlungstätigkeit

bezeugen kann, schon jahrelang und immer dringlicher von unseren Mitgliedern gefordert wird. Man ist ja in einzelnen Betrieben sogar dazu übergegangen, das in der Praxis durchzuführen, was wir nunmehr von der Gesetzgebung fordern. Im Bergbau sind zahlreiche Feiertage eingelegt. Die Berliner Metallarbeiter haben ihrerseits die Kürzung der Arbeitszeit vorgeschlagen. In den Eisenbahnwerkstätten, bei der Berliner Verkehrsgesellschaft, im Seunawerk und kürzlich bei einer Hamburger Dampfmühle sind bereits derartige Vereinbarungen zwischen Betriebsleitung und Gewerkschaften getroffen worden. Es ist also Zeit, daß auch der Bundesausschuß in dieser Frage seine Stimme erhebt.

Gegen die Ueberarbeit haben wir bisher wenig genug erreicht. Vor einigen Wochen hat die „Gewerkschaftszeitung“ eine Aufstellung des Gesamtverbandes über die Arbeitszeit in den Fachgruppen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, Gesundheitswesen, Gärtnereien usw. gebracht, und mit schmerzlichem Bedauern haben wir festgestellt, daß die tatsächliche Arbeitszeit auch jetzt noch teilweise recht erheblich über der normalen Arbeitszeit liegt. Die letzte Nummer der „Gewerkschaftszeitung“ brachte einen ähnlichen Bericht aus den Eisenbahnwerkstätten. Nicht anders liegt es zweifellos bei vielen anderen Verbänden, was ja auch frühere Erhebungen des ADGB ergeben haben. Es ist uns aus eigener Kraft bisher nicht gelungen, diese ungeliebten Zustände zu beseitigen. Deshalb fordern wir jetzt die gezielte Bekämpfung der Ueberstunden auf die dringlichsten Ausnahmefälle und weiter, daß für jede Ueberstunde ein Sonderbeitrag in Höhe des Stundenlohnes zur Unterstützung der Arbeitslosen vom Unternehmer gezahlt werden soll. Und nun

### ein Wort zu den Notverordnungen.

Soweit es sich um ihren sozialpolitischen Inhalt handelt. Den Abbau der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, wie er durch die Notverordnung des Reichspräsidenten gegen unseren Widerstand durchgeführt worden ist, lehnen wir auch heute noch ab. Wir sind der Ueberzeugung, daß auf dem Wege über die Kürzung der sozialen Leistungen weder der Arbeitslosigkeit entgegengezwirkt werden kann, noch die Finanzen des Reiches saniert werden können. Nur die weitere Verbitterung und Verelendung der Arbeitslosen kann die Folge dieser Maßnahmen sein. Wir müssen darum fordern, daß an Stelle dieser unterstützten Reform die ordentliche Gesetzgebung tritt und daß der Reichstag eine grundsätzliche Revision der zum Teil sozial völlig ungerechten Bestimmungen der Notverordnung im Sinne unserer Forderungen vornimmt.

Eines der dringendsten Probleme ist die Neuordnung der Versorgung der immer zahlreicher werdenden langfristigen Erwerbslosen, die keine Ansprüche mehr an die Arbeitslosenversicherung haben. Die Krisenunterstützung wird ihrer Aufgabe heute nur noch in geringem Umfang gerecht. Neben 472 000 Krisenunterstützten zählen die Gemeinden zur Zeit etwa 550 000 unterstützte Wohlfahrtserwerbslose. Ohne beträchtliche Ausdehnung der Krisenunterstützung muß sich das Verhältnis immer mehr zuungunsten der Gemeinden verschieben. Dieser Belastung sind jedoch die Gemeinden auf die Dauer nicht gewachsen. Zahlreiche Gemeinden haben bereits ihr Unvermögen erklärt, während in anderen Gemeinden nur ganz geringfügige Unterstüßungen (Familienväter erhalten 4 bis 5 M. wöchentlich) gewährt werden.

Die Krisenunterstützung muß grundsätzlich auf alle Berufs- und für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden. Der neue Verordnungsentwurf des Reichsarbeitsamts sieht zwar grundsätzlich die Einbeziehung aller Berufsgruppen mit Ausnahme der Landwirtschaft und der häuslichen Dienste und die Ausnahme der Arbeitslosen unter 21 Jahren vor. Diese letztere Einschränkung muß bei der großen Zahl der erwerbslosen Jugendlichen als sehr gefährlich erscheinen. Völlig unmöglich sind aber die vorgeschlagenen radikalen Kürzungen der Leistungen. Es sollen die Unterstützungssätze um mehrere Lohngruppen herabgesetzt werden und außerdem soll eine Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werden, die selbst bei einer Armenfürsorge als drakonisch empfunden werden müßte. Jedes Lohneinkommen in der Familie wird bis auf einen Betrag von 15 M. wöchentlich auf die Unterstützung voll angerechnet. So würde z. B. künftig, wenn in einem gemeinsamen Haushalt, in dem außer den Eltern ein erwachsener Sohn und fünf unverheiratete Kinder leben, der arbeitslose Vater nur noch 1,45 M. Unterstützung wöchentlich erhalten, wenn der erwachsene Sohn ein Lohneinkommen von 35 M. hätte.

Außerdem wird die Höchstdauer der Krisenunterstützung von 39 auf 32 Wochen herabgesetzt. Arbeitslose, die infolge nur vorübergehender Beschäftigung keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erworben haben und die bisher Krisenunterstützung erhalten konnten, wenn sie in den letzten 52 Wochen 13 Wochen gearbeitet hatten, sollen nun völlig aus der Krisenunterstützung ausscheiden. Die Belastung der ohnehin zusammenbrechenden Gemeinden wird dadurch in Zukunft noch erheblich größer sein.

Ich komme schließlich zum dritten Abschnitt der Entschließung, der

### von den Reparationslasten

handelt. In dieser Zeit schwerster Wirtschaftsnot wird die Belastung, die dem deutschen Volke aus den Reparationsverpflichtungen erwächst, um so nachhaltiger empfunden. Wir haben niemals ein Hehl daraus gemacht, daß es uns zweifelhaft erscheint, ob die deutsche Wirtschaft die Reparationsbelastung auf die Dauer tragen könne. Wir haben immer wieder betont, daß die Vorauszahlung für eine reibungslose Durchführung der uns auferlegten Zahlungsverpflichtungen darin bestehen müsse, daß uns die ausländischen Märkte für den Absatz unserer Industrieprodukte offenstehen. Wir haben ebenso wie die Sachverständigen des Young-Planes darauf hingewiesen, daß der Young-Plan nicht nur auf wirtschaftlichen Erwägungen aufgebaut sei, sondern politischen Rücksichten weitestgehend Rechnung trage. Wir sind trotzdem für die Annahme dieses Planes eingetreten, nicht weil wir die durch ihn auferlegten Lasten als gering erachteten, sondern weil er im Vergleich zu dem bisher geltenden Dawes-Plan zweifellos eine Entlastung bedeutet, eine Entlastung, die von Sachverständigen auf 20 bis 25 Prozent geschätzt worden ist. Diese Entlastung ist aber wegen der augenblicklichen Wirtschaftskrise nicht fühlbar in Erscheinung getreten. Wir müssen sogar sagen: Infolge des Wachstums dieser Krise, infolge der sich mehrenden Arbeitslosigkeit ist das Volkseinkommen erheblich zurückgegangen, so daß die Reparationsverpflichtungen uns verhältnismäßig viel härter treffen als in den Zeiten guter Konjunktur.

Zu dem Vorhergesagten kommt noch ein anderes. Seit einiger Zeit machen Finanzachverständige darauf aufmerksam, daß der Wert des Goldes, sei es infolge abnehmender Goldproduktion, sei es infolge größerer Nachfrage, im Steigen begriffen ist. Wenn diese Tendenz, die sich seit einiger Zeit bemerkbar macht, anhalten sollte, dann würde dies bedeuten, daß wir in den nächsten Jahren viel mehr bezahlen müßten, als nach dem Young-Plan vorgesehen ist. Denn um die nötigen Devisen zu erhalten, müßten wir viel mehr Fertigwaren ausführen als bisher. Eine derartige Mehrzahlung ist aber un-

möglich, da erstens die Weltmarktpreise in ständigem Sinken begriffen ist und damit unsere Absatzmöglichkeiten sich verringern, und da zweitens die Tendenz aller Staaten, sich gegen ausländische Einfuhr abzusperren, im Steigen ist und damit eine weitere Erschwerung unseres Exportes erfolgen muß. Gerade die Vereinigten Staaten von Amerika, denen doch schließlich die Reparationszahlungen aufstießen, haben sich neuerdings durch gewaltige Zollmauern gegen Einfuhr ausländischer Waren abgeschlossen.

Sehen wir uns die Ziffern der Außenhandelsstatistiken für die letzten Monate an. Gegenüber dem Vorjahre ist der Export an Fertigwaren um über 10 Prozent gesunken. Wir stehen also vor der Frage: Wie können die Reparationsverpflichtungen in der nächsten Zeit überhaupt bezahlt werden, ohne daß die Arbeiterchaft durch Schmälerung oder gar Abbau der sozialen Errungenschaften besonders belastet wird? Die Revision des Young-Planes ist also eines der brennendsten weltpolitischen Probleme geworden.

Der Ausschuß faßte daraufhin einstimmig folgende

### Entschlüsse:

#### I.

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat eine Weltwirtschaftskrise von solchem Ausmaß erzeugt, daß alle mit dem Weltmarkt verbundenen Länder aufs schwerste getroffen sind.“

Deutschland ist mit seinen drei Millionen Erwerbslosen besonders in Mitleidenchaft gezogen. Seine Verarmung infolge des Krieges, sein hoher Preisstand infolge der Zoll-, Agrar- und Kartellpolitik, seine Kapitalnot, die verschärft wird durch die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland, und seine drückenden Reparationslasten charakterisieren die besondere Schwere seiner wirtschaftlichen Lage.

In dieser Notzeit muß Deutschland auch besondere Notmaßnahmen treffen, um die wachsende Arbeitslosigkeit zu bannen und der Verelendung breiter Volksmassen entgegenzuwirken.

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik wie auch das neue Programm der Reichsregierung erfüllen die notwendigen Erfordernisse nicht. Die Politik der Lohnsenkung und der gleichzeitigen Steigerung der Lebensmittelpreise sind nicht miteinander vereinbar. Das Ergebnis dieser zwiespältigen Wirtschaftspolitik läuft auf die Senkung des Reallohnes und damit der Kaufkraft hinaus. Senkung des Reallohnes und der Kaufkraft aber hindert die Ueberwindung der Wirtschaftskrise und macht sie zum Dauerzustand.

In der Aufrechterhaltung hoher Warenpreise liegt ein verhängnisvoller Fehler der Wirtschaftspolitik. Die überhöhten deutschen Preise müssen an die Weltmarktpreise angeglichen werden durch gezielte Kontrolle der Kartelle und Bekämpfung aller überhöhten Preise überhaupt, in erster Linie der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Besonders notwendig hierfür ist eine Revision der jetzigen Agrarpolitik, insbesondere die Beseitigung der überhöhten Zölle.

Entgegen den Plänen der Regierung zur Neuordnung der Wohnungswirtschaft hält der Bundesausschuß es für dringend notwendig, daß der bisherige Betrag von 850 Millionen Mark Hauszinssteuergebern dem Wohnungsbau verbleibt, daß eine bessere Ausnutzung des Aufkommens der Hauszinssteuer und ihrer Rückflüsse erfolgt, daß die Hauszinssteuer zu einer langfristig fließenden Quelle der Finanzierung des Wohnungsbaues umgestaltet wird, daß die stoßweise Beanspruchung des Bauplatzes durch konsequente Durchführung eines mehrjährigen Wohnungsbauprogramms, nötigenfalls unter Zuhilfenahme ausländischer Kredite, beseitigt wird und daß der Mieterschutz bis zu seiner Ueberleitung in ein soziales Wohn- und Mietrecht aufrechterhalten bleibt.

Bei der Bedeutung der öffentlichen Hand als Auftraggeberin für die gesamte Wirtschaft sind alle Hemmnisse zu beseitigen, die die Kreditbeschaffung erschweren.“

#### II.

„Die Krise des Arbeitsmarktes, deren weitere Verschärfung in den nächsten Wochen und Monaten bevorsteht, die aus der Arbeitslosigkeit erwachsende Verelendung und Verzweiflung der Massen fordern gebieterisch, alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft für die Entlastung des Arbeitsmarktes einzusetzen. Die bisherigen Methoden zur Behebung der Krise haben verjagt. Neue Wege müssen beschritten, neue Entschlüsse gefaßt werden.“

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verlangt vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit, die entsprechend der gesteigerten Produktivität der Wirtschaft und der Leistung des einzelnen eine gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheit sichert.

Der Bundesausschuß fordert infolgedessen eine gezielte 40stündige Arbeitswoche so lange, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwanges zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung, zur Meldung offener Stellen und Benützung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Zum Lohnausgleich für den Übergang die freierwerbenden Unternehmungsmittel mit heranzuziehen.

Die Zulassung von Ueberstunden ist auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Ueberstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung abzuführen hat.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist weiterhin erforderlich die Anrechnung des Arbeitsentgelts auf alle Pensionen und Wartegelder, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen.

Der Bundesausschuß fordert weiter die Beseitigung der schweren Ungerechtigkeiten, die in dem sozialpolitischen Teil der Notverordnungen enthalten sind. Er verlangt darüber hinaus zur Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches und die Einziehung der notwendigen Summen in den Reichsetat. Die Krisenfürsorge muß auf alle Berufs- und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden.“

#### III.

„Angesichts der heutigen schwierigen Wirtschaftslage Deutschlands stellen die bestehenden Reparationslasten, deren Maß schon längst die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden übergriffen hat, eine



Bürde dar, die das wirtschaftliche, das soziale und das staatliche Leben aufs äußerste gefährden.

Die deutschen Gewerkschaften sind schon vor einem Jahrzehnt für die Annulierung der internationalen Kriegsschulden eingetreten. Diese grundsätzliche Haltung haben die Gewerkschaften niemals aufgegeben. Nur um die unberechenbaren Folgen der Sanktionspolitik der ersten Nachkriegsjahre abzuwehren und in den Grenzen des Möglichen die günstigsten Bedingungen für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die politische Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes zu schaffen, haben auch sie der Uebernahme dieser schweren Bürde zugestimmt. Sie haben aber niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß das Ziel der deutschen Politik die Revision der Reparationsabkommen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des deutschen Volkes sein muß.

Es steht fest, daß die Milliarden, die Deutschland an seine Gläubiger zu zahlen hat, nicht nur eine der Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland, sondern auch der Störungen in der Weltwirtschaft sind. Deshalb ist es ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht, diese Hemmungen einer gefunden weltwirtschaftlichen Entwicklung auszuhalten.

Die deutsche Arbeiterschaft, die stets aufrichtig für einen dauernden und gerechten Frieden eingetreten ist, fühlt sich jetzt gerade aus diesem Grunde zu dieser ersten Mahnung berechtigt und verpflichtet. Die schwere Reparationsbelastung gefährdet nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft und damit die sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft, sondern sie erschwert die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise, unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiterschaft der gesamten Welt heute leidet.

## Unfallversicherung.

Die Knappschafts-Berufsgenossenschaft hat ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1929 veröffentlicht. Es ist dieses der fünf- undvierzigste Bericht und er zeigt ein sehr betrübendes Bild. Der Genossenschaft unterlagen im Berichtsjahre 1145 (1251) Betriebe. Davon waren 232 (250) Steinkohlengruben, 316 (339) Braunkohlengruben, 237 (253) Erzgruben und Metallhütten, 104 (124) Stein- und Kalksalzbergwerke und 256 (285) Betriebe der sonstigen Mineralgewinnungen. In den Betrieben waren durchschnittlich 746 557 (745 425) versicherte Personen einschließlich der Beamten beschäftigt. Es mußten im Berichtsjahre 12 925 (11 970) entschädigungspflichtige Unfälle einschließlich Berufskrankheiten anerkannt und entschädigt werden. Von diesen waren 1647 (1371), das sind 12,7 (11,5) Prozent, tödlich. Das besagt, daß auf tausend versicherte Personen 17,31 (16,6) entschädigungspflichtige Unfälle entfallen und daß sich die Zahl der tödlichen von 1,84 auf 2,21 von tausend erhöht hat. In diesen Zahlen sind allerdings die der Berufskrankheiten und der Wegeunfälle enthalten. Ein klares Bild über die sich im Betriebe ereigneten Unfälle zeigt folgende Aufstellung:

Jahr	Versicherten	Zahl der entschädigten Unfälle	auf 1000 versicherte Personen entfallen	Zahl der tödlichen Unfälle	auf 1000 versicherte Personen entfallen
1913	918 805	13 763	14,98	2121	2,31
1925	812 526	10 559	13,00	1684	2,07
1926	748 590	10 224	13,66	1451	1,94
1927	770 590	11 482	14,90	1451	1,88
1928	745 425	11 674	15,66	1347	1,81
1929	746 557	11 513	15,42	1339	1,79

Diese Tabelle zeigt, daß die entschädigungspflichtigen reinen Betriebsunfälle im Jahre 1929 gegen 1928 ganz gering zurückgegangen sind und, was erfreulich ist, die tödlichen Unfälle seit dem Jahre 1925 eine Abwärtsbewegung zeigen. Was sich an Wegeunfällen ereignete, zeigt folgende Tabelle:

Sektion	Entschädigungspflichtige				Aus dem Berichtsjahre (Spalte 3)									
	Verstorbene	Verletzte	Erkrankte	Beamte	Erkrankte	Jugendliche unter 18 Jahren	Erkrankte	Tot	Verletzte	Erkrankte	Verletzte	Erkrankte	Verletzte	Erkrankte
I	60	48	108	46	1	—	—	48	3	—	45	3	2	5
II	115	90	205	89	—	—	—	90	10	—	80	5	7	12
III	15	14	29	13	1	—	—	14	2	—	12	2	6	8
IV	119	70	189	68	1	—	—	70	6	—	64	5	5	10
V	17	12	29	11	—	—	—	12	—	—	12	—	—	—
VI	53	57	110	55	—	—	—	57	3	—	54	2	4	8
VII	44	16	60	15	—	—	—	16	—	—	16	—	—	—
VIII	10	11	21	10	—	—	—	11	—	—	10	1	3	4
Zus.	433	318	751	307	5	—	—	318	25	—	293	18	27	45

An größeren Unfällen ereigneten sich im Berichtsjahre 5. Auf der Grube Carolus Magnus wurden 12 Personen verletzt. Auf der Brückfabrik der Grube Hanja wurden 11 Personen, davon 1 tödlich und 5 schwer verletzt. Auf der Gewerkschaft Humboldt ereignete sich eine Kohlenstaubexplosion, bei der 11 Personen schwer und 3 leicht verletzt wurden. Von den Schwerverletzten starben nachträglich 5. Auf dem Steinkohlengrubenvereinigte Glückhills-Friedenshoffnung wurden durch Schlagwetterexplosion 33 Knappen getötet und durch einen Waffereinbruch auf der Schachtanlage Thypfen 4 Arbeiter getötet und 8 leicht verletzt.

Die Zahl der erlassenen Bescheide stieg von 40 850 im Jahre 1928 auf 44 997 im Berichtsjahr. Davon wurden 10 873 (9496) durch Berufungen angefochten. Das ergibt, daß 24,16 Prozent der Bescheide angefochten und 75,84 Prozent unangefochten blieben. Die Berufungen hatten in 1711 Fällen oder 3,80 Prozent Erfolg, während es in 96,20 Prozent bei der Berufsgenossenschaftlichen Feststellung verblieb. Rekurse wurden 873 (884) eingelegt. 84 (72) legte der Genossenschafts-Vorstand ein. Zur Entscheidung gelangten 734, davon waren 700 von den Versicherten und 34 von dem Genossenschaftsvorstand eingereicht. Von diesen 734 zur Entscheidung gelangten Rekursen wurden zugunsten der Berufsgenossenschaft 703, zugunsten der Berufsgenossenschaft 18 entschieden und 13 an die Vorinstanz zurückverwiesen. Dieses Verhältnis erweckt bei uns immer ein sehr eigenartiges Gefühl.

Hinichtlich der Berufskrankheiten wurden im Berichtsjahre 13 101 Entschädigungsansprüche geltend gemacht, hiervon kommen allein auf die Sektion II 10 526. Von den bisher erledigten Fällen wurden 1094 als entschädigungspflichtig anerkannt, abgelehnt dagegen 4731 und unerledigt blieben 7282 Fälle.

Von den 13 101 geltend gemachten Ansprüchen auf Berufsfrankheiten entfielen allein 12 473 auf die schwere Staublungen-

## IV.

„Die Gewerkschaften sind und bleiben der starke Schutzwall gegen soziale Not und Bedrückung; sie vertreten das Recht der Arbeiterschaft auf entscheidende Mitwirkung in Staat und Wirtschaft. Sie nehmen dieses Recht, gestützt auf ihre im Vertrauen der Arbeiterschaft begründete Macht, auch jetzt für sich in Anspruch. Mit unerschütterlicher Zuversicht in die befreiende Kraft der Arbeiterbewegung treten fünf Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen ein für die Stärkung der Gewerkschaften, für die Erfüllung ihrer Forderungen. Die Arbeiterbewegung hat in den Jahrzehnten ihrer Geschichte mehr als einmal den Druck wirtschaftlicher und politischer Gegenkräfte siegreich überwunden, die unversieglich fester gegründet waren als die, von denen gegenwärtig Freiheit und Recht des werktätigen Volkes bedroht sind. Der Aufstieg der Arbeiterschaft kann zwar durch reaktionäre Gewalten, deren Streben in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen günstigen Nährboden findet, vorübergehend gehemmt werden, jedoch der Wille der Arbeiter und die Kraft ihrer Organisationen wird auch diese Widerstände überwinden.“

\*\*\*

## Zum Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie.

„In dem Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie erkennt der Bundesausschuß des ADGB, die Absicht, die staatliche Schlichtung einseitig zugunsten der Arbeitgeber gegen die Arbeiterschaft einzusetzen. Mit dem Deutschen Metallarbeiterverband sind daher alle Gewerkschaften einig in der entschiedenen Verurteilung dieses Mißbrauchs der Staatsgewalt und erheben im voraus Protest dagegen, daß etwa durch Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedsspruches verurteilt wird, der Arbeiterschaft den Lohnabbau aufzuzwingen.“

erkrankung (Silikose). Anerkannt wurden 1052, dagegen 4458 abgelehnt und 6993 blieben unerledigt.

Die Gesamtentschädigung betrug im Jahre 1929 51 784 019 M. gegenüber 49 124 377 M. im Vorjahre.

Die Kosten für die Knappschafts-Oberversicherungsämter betrugen 613 327,16 M. bei 9375 Fällen. Auf den Einzelfall berechnet stellen sich die Gesamtkosten auf 65,42 M., worin allerdings 40,23 M. Gerichtshaltungskosten enthalten sind. Nach der Heidelberger Abrede ist die Berufsgenossenschaft verpflichtet, den Versicherungssträgern des Saargebietes zur Verbesserung der Bezüge der alten Renten zinsfreie Darlehen zu gewähren. Die an die Saarknappschafts-Berufsgenossenschaft im Berichtsjahre gezahlte Summe beträgt 777 093 M.

Der Bericht verbreitet sich dann weiter über besondere Einrichtungen der Krankenheilanstalt Bergmannswohl in Schkeuditz, über die Versuchsstrecken in Berne und Beuthen sowie über die Versuchsrube, in Gelsenkirchen und über das Grubenrettungswesen der einzelnen Sektionen.

Die in Klammern gefetzten Zahlen sind Zahlen aus dem Vorjahre.

## Das andere Deutschland.

Unter diesem Namen erscheint das offizielle Organ der deutschen Friedensgesellschaft. Der Name ist richtig gewählt, denn das Organ erscheint schon bald unter Ausschluß deutscher Abonnenten. Noch ganze 16 000 Mitglieder zählt die Gesellschaft, für die der Bezug „Das andere Deutschland“ obligatorisch ist.

Man erzählt sich in eingeweihten Kreisen, daß die Flucht aus der Friedensgesellschaft bzw. die Abneigung gegen dieselbe nur eine Flucht vor dem „anderen Deutschland“ sei. Wir wissen nicht, ob das stimmt. Jedenfalls aber wissen wir soviel, daß „Das andere Deutschland“ eine oft geradezu verblüffende Naivität seiner Verantwortlichen gegenüber wirtschafts- und staatspolitischen Dingen verrät.

Diese Feststellung mußten wir wieder machen, als wir die Nummer 41/1930 dieses Organs lasen. Dort besaßte sich einer der naivsten Leute aus diesen Kreisen auch mit unserer „Bergbau-Industrie“. Er nimmt Bezug auf unseren Artikel, der sich mit der Reparationsfrage beschäftigte, und glaubt feststellen zu können: „Von Hitler bis Hufmann alles einig.“

Witterweise ist der Mann ja belehrt worden, daß wir nur die Auffassung der gesamten freien Gewerkschaftsorganisation vertreten. (Siehe Resolution des ADGB in dieser Nummer.) Vielleicht wird er auch davon lernen können, daß der Mensch und insbesondere der Arbeiter nicht allein von schwülstigen Phrasen leben kann und von Politik, sondern daß zum Leben vor allem Arbeit und Brot gehört.

Vielleicht wird er bei einigem Nachdenken auch begreifen, daß das letzte das Primäre ist, daß es keine größere Gefahr für den nationalen und internationalen Frieden gibt als den Massen hunger. Vielleicht hat man aber im „anderen Deutschland“ noch gar nichts davon gehört, daß innerhalb der deutschen Republik der Massen hunger, die Massenverelendung im schnellen Wachsen begriffen ist.

Man scheint auch im „anderen Deutschland“ noch nichts davon gehört zu haben, daß auf den internationalen Geldmärkten sich die Kapitale buchstäblich flauen infolge Verfalls des privatkapitalistischen Wirtschaftsmechanismus. Weiter, daß wir in Deutschland zur Zeit nichts nötiger hätten als Kapital. Daß unter solchen Verhältnissen die Reparationszahlungen Deutschlands wirklich nur die internationale Lage mehr verwirren, sollte man auch im „anderen Deutschland“ begreifen, daß das mit der Politik und dem Friedensgedanken nur insofern etwas zu tun hat, als es hier als selbstverständlich gelten müßte, daß aus einer weiteren Krisensteigerung sich auch die internationalen Konfliktsstoffe vermehren müssen.

Unsere Haltung ist also durch die veränderte Situation im privatkapitalistischen Weltwirtschaftsmechanismus bestimmt. Man hätte eigentlich gerade von den Leuten um das „andere Deutschland“ die Einsicht erwarten dürfen, daß alle richtigen politischen Perspektiven nur von diesem Gesichtspunkte aus gewonnen werden können. Und das gilt es gerade die bürgerlichen und kapitalistischen Politiker zu lehren. Auch wenn es ausländische Politiker sind, die wir um kein Jota besser halten als unsere inländischen. Nicht darauf kommt es an, ob irgendeine Stellungnahme unsererseits den in- oder ausländischen Regierungskreisen gefällt, sondern darauf, ob sie unsere Stellungnahme als richtig anerkennen müssen.

Und als richtig erkennen wir an, daß keinesfalls eine Verelendung der deutschen Arbeiterschaft eintreten darf, die aber jetzt — auch durch das beabsichtigte Regierungsprogramm — als drohende Gefahr vor uns steht. Als richtig erkennen wir weiter an, daß, wenn es wirklich keinen anderen Ausweg mehr gibt — nach Auffassung der Regierung — als den der weiteren Aufzehrung von Opfern auf die Schultern der Masse, daß diese selbst Regierung dann

auch in der Lage sein muß, hiervon das Ausland zu überzeugen, um auch alle Möglichkeiten in der Reparationsregelung einer Milderung unserer Lage dienstbar zu machen.

Nichts anderes wollen wir. Das ist daselbe, was in dem neuen Reparationsplan ja schon von den Gläubigerstaaten im voraus als vertragliches Recht Deutschlands anerkannt wurde, wenn auch in anderer Formulierung. Für uns also ist in erster Linie das soziale Wohlergehen unserer Arbeiterschaft bestimmend, während „Das andere Deutschland“ nur von der Sorge geleitet ist, wie es wohl der Nachbar aufnehmen. Das Echo, das unsere Stellungnahme in den anderen Ländern gefunden hat, beweist, daß man dort schon viel vernünftiger über die Frage denkt und viel mehr Verständnis für unsere Lage hat, als im „anderen Deutschland“.

Z.

## Arbeit und Wohnung.

Vom 22. bis 24. September d. J. fand in Breslau die 7. Jahresversammlung der deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene statt.

Die Tagesordnung begann mit dem Thema „Arbeit und Wohnung“. Dieses Thema wurde in seinem ersten Punkt: „Arztlich-hygienische Grundsätze und Gesichtspunkte zur Frage Arbeit und Wohnung“ von Stadt-Medizinrat Prof. Dr. v. Drngalski (Berlin), und im zweiten Teil: „Arbeit und Wohnung unter hausfachlichem Gesichtspunkt“ von Ministerialrat Hermann (Berlin), Preussisches Ministerium für Volkswohlfahrt, und im dritten Teil: „Arbeit und Wohnung in ihrer Bedeutung für Betriebsführung und Betriebsgestaltung“ durch Regierungs-Gewerbeberater a. D. Oberingenieur Richter (Münster) behandelt.

Der erste Referent führte aus, daß die Frage, wo und wie der Arbeiter wohnt, vom arztlich-hygienischen Standpunkt aus sehr viele Beziehungen zu seiner beruflichen Betätigung habe. Es sei nicht einerlei, wie weit der Arbeiter von der Arbeitsstelle wohne; der Weg von und zur Arbeitsstelle erfordere körperliche Anstrengung, die eine zusätzliche Leistungsverrichtung des Arbeiters darstelle und deshalb auch nicht ohne Einfluß auf die Leistung des Arbeiters sei. Die Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle spiegeln die Gefahren des langen Arbeitsweges wider. Ein Arbeiter, der durch lange Wege bereits ermüdet auf der Arbeitsstelle ankomme, sei auch nicht in der Lage, die Leistung zu erzielen, die der dicht bei der Arbeitsstelle wohnende Arbeiter aufzubringen imstande sei. Neben der Lage der Wohnung zur Arbeitsstelle sei aber vor allen Dingen die hygienisch einwandfreie Einrichtung der Wohnung von sehr großer Bedeutung. Es müsse deshalb auf diesen Punkt vom ärztlichen Standpunkt besondere Aufmerksamkeit gelenkt werden.

Ministerialrat Hermann führte aus, daß die Entwicklung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat als typische Erscheinung auf dem Wohnungsmarkt die Mietkaskaden mit ihren gesundheitlichen Nachteilen brachte und diese Erscheinung, an der wir auch heute noch krankten, durch die moderne Landesplanung und den neuzeitlichen Städtebau zu lindern versucht wird. Die Landesplanung sorgt für richtiges Einpassen der Siedlungen in die Landschaft, sorgt gleichfalls für geregelte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Stadt und Land, Industrie-, Land- und Forstwirtschaft, sowie für vernünftige Anlage der Wohngebäude zu den Arbeitsstätten. Die Voraussetzungen für gesundes Wohnen sind: eine einwandfreie Höhenlage, Staub- und Ruchfreiheit, gesunde Durchlüftung und günstige Wasser-Verhältnisse. Gleichfalls müssen ausreichende Grün- und Erholungsflächen sowie günstige Verkehrsverbindungen vorhanden sein. Am Flachbau mit höchstens drei Etagen sei auch in Zukunft festzuhalten, desgleichen sei die Ausfloderung der Großstädte unbedingt erforderlich. Wenn auch hier die vier- und fünfgeschossigen Mietkaskaden nicht ganz zu entbehren seien, sei aber an der Verhinderung des Bauens von Hinterhäusern festzuhalten. Wo irgend möglich, sei auch dafür zu sorgen, daß durch den Hausgarten die Möglichkeit der Bewegung und Betätigung außerhalb der Arbeitszeit in frischer Luft ermöglicht werde. Da der Mensch fast zwei Drittel seines Lebens in geschlossenen Räumen zubringe, sei für ausreichende Belüftung, Belichtung und Sauberhaltung der Wohnung unbedingt Sorge zu tragen. Die Frage der Wohnküche sei unter Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten zu prüfen. Wo sie eingeführt wird, soll auf jeden Fall eine Koch- oder Spülmaschine mit Dunstabzug vorgesehen werden. Da aber Geld für den Bau genügender Wohnungen in Vorkriegsgröße nicht vorhanden sei, muß nach Ansicht des Referenten dafür gesorgt werden, daß genügend Klein- bzw. Kleinstwohnungen gebaut werden. Hierbei prägte der Referent den Satz: Es ist für diejenigen, der die miserablen Wohnverhältnisse der Jetztzeit in den Altmietwohnungen kennt, immer noch besser, kleine Zimmer, in denen zwei Betten übereinander gestellt werden, zu bauen, um jedem Kind ein eigenes Bett zu geben, als zwei Kinder in einem Bett schlafen zu lassen. Wegen der Höhe der Miete empfahl der Referent deshalb, trotzdem es vom Standpunkt des Hygienikers zu bedauern sei, den Bau von Wohnungen von 32 bis 45 Quadratmetern.

Der Regierungs-Gewerbeberater a. D. Richter führte zu seinem Thema aus, daß die Frage, wo und wie der Arbeiter wohnt, für die Betriebsführung neue Aufgaben erschleße. Die Beschaffung ausreichender und geeigneter Arbeitskräfte hänge stark von den Wechselbeziehungen zwischen dem Standort der Industrie und den Wohnungsverhältnissen der Arbeiterschaft, aus denen sich die gewerblichen Arbeiter rekrutieren, ab. Die Rohstoffbasis und das Entwicklungstempo mancher Industriezweige sowie die Rationalisierungsmaßnahmen in Verbindung mit Betriebsverlegungen seien Hindernisse. Hinzu kommt noch die Wohnungsnot der Nachkriegszeit. Beginn und Ende der regelmäßigen Arbeitszeit, Vermehrung und Verteilung der Arbeitspausen spielen vom gewerbe-hygienischen Standpunkt auf die Wohnung und Anmarschwege der Arbeiter eine gewisse Rolle. Hiermit in engem Zusammenhang steht die Einnahme der Mahlzeiten durch die Belegschaft im Betriebe. Die Einrichtung umfangreicher Speisensäle, Einrichtungen zum Wärmen mitgebrachter Speisen oder Kantinen- und Küchenbetriebe in den Fabriken seien in sehr vielen Fällen nicht nur praktisch, sondern auch notwendig. Die starke Ermüdung der Arbeiterschaft durch unregelmäßiges Essen, weite Wege zur Arbeit erzeugen hohe Unfallziffern. Es sei deshalb notwendig, die Wohnstätten in räumliche Verbindung mit dem Betrieb zu bringen. Während in der Vorkriegszeit die Industrie-Werkwohnungen, die im Mietvertrag mit dem Arbeitsvertrag zusammenfielen, bauen ließ, sei man in der Nachkriegszeit, da diese Bauweise bei der Arbeiterschaft sehr stark in Mißredt gekommen sei, zur Bildung von Baugenossenschaften übergegangen. Diese haben es sich zur Aufgabe gemacht, Kleinwohnungen zu erstellen. Auch der Bau des Eigenheims sei in vielen Fällen vom Arbeitgeber gefördert. Durch die immerwährende Umschichtung der Arbeitskräfte sei es vor allen Dingen notwendig, daß einwandfreie Unterkunftshäuser für Ledige und von ihrer Familie notgedrungen getrennt lebende gebaut werden. Wo dieses nicht möglich oder praktisch ist, müsse für gute Verkehrsverhältnisse gesorgt werden.



# Senkung der Kohlenpreise im Ruhrgebiet.

## Ein Abbau der Löhne soll folgen?

Kurz vor Redaktionsschluß bringt ein Reichstagsbericht die aufsehenerregende Meldung, daß sich die Ruhrkohlenindustrie zu einer sechsprozentigen Preissenkung bereit erklärt habe. Anderen Zeitungsmeldungen zufolge soll die Initiative zu dieser geplanten Preislenkung vom Reichswirtschaftsministerium bzw. preußischen Handelsministerium ausgegangen sein. In einer Konferenz mit den Regierungsvertretern sollen sich dann die Ruhrkohlenindustriellen bereit erklärt haben, ab 1. Dezember den Preisabbau vorzunehmen.

Diese Nachricht hat zunächst einen etwas sensationellen Charakter, nachdem die Ruhrgrubenbesitzer bisher eine Preislenkung beharrlich ablehnten. Sowohl im Reichshohlenrat wie auch bei anderen Gelegenheiten ließen sie durch ihre Vertreter erklären, daß ein Preisabbau unter den gegebenen Umständen unmöglich sei. Im Gegensatz zu dieser Auffassung vertraten die Vertreter der Bergarbeiterverbände den Standpunkt, daß der Stand der Selbstkosten und Erlöse im Ruhrkohlenbergbau sehr wohl eine Preislenkung als möglich erscheinen lasse. Vor allem könne — so erklärten die Bergarbeitervertreter weiter — weder aus grundsätzlichen, gemeinwirtschaftlichen, noch aus rein betriebswirtschaftlichen kostenmäßigen Gründen eine Verquickung des Lohn- und Preisproblems in Frage kommen. Kurz, die Arbeitervertreter erklärten, eine Preislenkung sei möglich, ohne daß man den Lebensstandard der Bergarbeiterschaft beeinträchtigt. Von diesem Standpunkt aus könnte man also die Meldung über die geplante Senkung der Ruhrkohlenpreise begrüßen.

Aber die Sache hat einen Haken, und zwar kommt es nicht so sehr darauf an, daß man eine Senkung der Kohlenpreise in Aussicht genommen hat, sondern von größter Bedeutung ist, unter welchen Umständen dieser Plan zustande gekommen ist. Darüber weiß nämlich der Essener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ unter dem 16. Oktober folgendes zu berichten:

„Zu der heutigen Erklärung des Reichsanwalters, daß die Ruhrkohlenindustrie ihm ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zu einer durchschnittlich sechsprozentigen Senkung der Kohlenpreise ab 1. Dezember ausgesprochen hat, höre ich noch, daß eine größere Anzahl maßgeblicher Vertreter des Ruhrbergbaues heute vormittag mit der Reichsregierung in dieser Sache verhandelt habe. Es war ursprünglich von der Regierung gefordert worden, daß die Kohlenpreissenkung bereits am 1. November in Kraft treten sollte. Als Gegenleistung hatten die Ruhrgrubenbesitzer für einen Lohnabbau ab 1. Januar gefordert. Es ist anzunehmen, daß die in Aussicht gestellte Preislenkung von dieser Bedingung abhängig gemacht worden ist. Bezüglich des Ausmaßes der Lohnsenkung hatte ursprünglich der Bergbau an seiner Forderung von 10 Prozent Lohnabbau, die ja auch vor dem letzten Schiedsspruch im Dezember aufgestellt worden war, fest-

gehalten. Von der Reichsregierung war von Anfang an der Satz von 8 Prozent Lohnsenkung in Aussicht genommen, so daß es wohl bei dieser Kürzung in den getroffenen Abmachungen geblieben sein dürfte.“

Nach dieser Meldung besteht also die Absicht, der sechsprozentigen Preislenkung eine achtprozentige Lohnkürzung ab 1. Januar folgen zu lassen. Wahrscheinlich sollen die Lohn- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die man im Jahre 1928 im Ruhrbergbau getroffen hat, „revidiert“ werden. In diesem Jahre wurden nämlich die Tarifsätze ab 1. Mai um 8 Prozent erhöht. Als Folge dieser Lohn- und Preissteigerung setzten die Ruhrunternehmer eine Preiserhöhung durch, die die Erlöse pro Tonne insgesamt um 1 M. erhöhen sollte. Die Folge dieser Preispolitik war aber, daß man die Standardpreise im unbestrittenen Gebiet um 2 M. (von 14,87 auf 16,87 M. für Fettkörbervorkohle) erhöhte. Die jetzt vorgesehene sechsprozentige Preiserhöhung soll aber, nach den Tagesmeldungen zu urteilen, nur 1 M. betragen. Danach wäre also, wenn man die Preislenkung mit der Lohnfrage verknüpfen will, als Ausgleich nur eine vierprozentige Lohnsenkung erforderlich. Unter den heutigen Lebenshaltungskosten dürfte aber auch diese für die Bergarbeiter nicht einmal diskutabel sein, da nach Ansicht der Organisationen, wie bereits betont, eine Preislenkung ohne Lohnabbau als möglich erscheint. Es wird demnach ganz an der Haltung der Bergleute liegen, ob Regierung und Unternehmer ihre Absichten durchsetzen können.

Erschwerend für die Beurteilung der weiteren Entwicklung kommt hinzu, daß drei Tage später, nachdem der Plan einer Preislenkung bekannt geworden ist, die Verhandlungen über die Wiedereinführung der Siebenstundentage im Ruhrbergbau beginnen. Die Bergarbeiterverbände begründen diese Forderung vor allem damit, indem sie darauf verweisen, daß in diesem Jahre im Ruhrbergbau über 76 000 Bergarbeiter entlassen wurden, die nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden können. Entgegen dieser Meinung vertreten die Unternehmer in ihrer Presse bisher die Auffassung, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde eine erhebliche Steigerung der Selbstkosten bringt. Nach ihrer Meinung sei aber unbedingt eine Senkung der Selbstkosten notwendig und daher eine Verkürzung der Arbeitszeit untragbar.

Im ganzen gesehen, ist deshalb die gegenwärtige Lage im Ruhrbergbau reich an sozialen Spannungen und Gegensätzen. In welcher Form und mit welchem Ergebnis diese ausgetragen werden, ist zur Zeit noch nicht zu beurteilen. Fest steht nur eins: daß die Bergarbeiter mehr als je sich um ihre Existenzlage kümmern und erkennen müssen, daß nur Einmütigkeit und Wachsamkeit die Abwehr unbilliger Härten ermöglicht.

J. T.

## Aus dem Saargebiet.

### Die Neuregelung der Familienfürsorge bei der Saarnknappschaft.

Der Vorstand der Saarnknappschaft hat in seiner Sitzung am Dienstag, dem 30. September 1930, die neuen Bestimmungen der Familienkrankenfürsorge nach längeren Beratungen verabschiedet. Die Bestimmungen traten in der neuen Fassung ab 1. Oktober 1930 in Kraft. Gegenüber den früheren Leistungen sind wesentliche Verbesserungen zu verzeichnen.

Der Kreis der berechtigten Angehörigen ist wesentlich erweitert. Früher hatten Anspruch nur der Ehegatte, die Witwe und die noch nicht 15 Jahre alten Kinder oder Waisen. Die Ausdehnung über das 15. Lebensjahr hinaus erfolgte bei Kindern nur, wenn sie dauernd arbeitsunfähig gewesen sind. Jetzt sind alle unterhaltsberechtigten Kinder anspruchsberechtigt. Früher hatten auch nur die ehelichen Kinder Anspruch. Der Anspruch ist jetzt ausgebreitet auf die als ehelich erklärten und die an Kindes Statt angenommenen Kinder: die unehelichen Kinder eines männlichen Versicherten, wenn seine Waise festgelegt ist, die unehelichen Kinder einer Versicherten, die Stiefkinder und die Enkel, wenn sie vor Eintritt des Versicherungsfalles von dem Versicherten überwiegend unterhalten worden sind. Der Anspruch der unehelichen Kinder ist nur gegeben, wenn sie mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft leben. Die Anspruchsberechtigung ist also wesentlich erweitert. Die berechtigten Angehörigen erhalten den Anspruch auf freie ärztliche Behandlung in demselben Umfang, wie er den Versicherten selbst zusteht. Auch fachärztliche Behandlung wird gewährt. Bei Inanspruchnahme eines Facharztes trägt die Knappschaft jetzt sämtliche Kosten. Früher mußten die Anspruchsberechtigten für jeden Besuchsbesuch an den Arzt 3 Fr. zahlen und bei Operationen ufm. die Kosten übernehmen. Jetzt zahlen sie für den Ueberweisungsschein zum Facharzt, der sechs Monate Gültigkeit hat, nur einmal den Betrag von 3 Fr. an den Facharzt. Dieser Betrag ist bei dem ersten Besuch des Facharztes an denselben zu entrichten. Je nachdem wie der Fall lag, mußten die Anspruchsberechtigten früher Lasten tragen, die in manchen Fällen über 100 Fr. ausmachten. Das kommt jetzt nicht in Frage, da für jeden Ueberweisungsschein nur einmal 3 Fr. zu zahlen sind. Auch das Fahrgehalt zum Facharzt wird jetzt vergütet, wenn die Entfernung bis zum Facharzt fünf und mehr Kilometer beträgt und der Besuch des Facharztes außerhalb des Wohnortes erfolgt. Das Fahrgehalt wird jedoch immer nur bis zum nächsten Facharzt vergütet. Für den Besuch eines Facharztes innerhalb der Stadt oder Ortschaft, in der der Anspruchsberechtigte wohnt, wird also kein Fahrgehalt vergütet. Hat man die Möglichkeit, einen für das Leben zuständigen Facharzt in der Nähe des Wohnortes aufzusuchen, trägt jedoch zu dem weiter wohnenden Facharzt, dann wird also das Fahrgehalt nur bis zum nächsten Facharzt vergütet. Damit will man vermeiden, daß die Fahrt nicht über den nächsten Facharzt hinaus zu dem viel weiter wohnhaften Facharzt gemacht wird. Fahrgehalt wurde früher nicht vergütet. Die fachärztliche Behandlung ist neu auch auf die Zahnbehandlung ausgedehnt worden. Darunter ist die ganze zahnärztliche Behandlung zu verstehen; nur Zahnersatz wird nicht geleistet.

Die Knappschaft trägt wie früher die Hälfte der Arzneikosten. Die andere Hälfte haben die Anspruchsberechtigten bei Entnahme der Arzneien aus der Apotheke sofort zu bezahlen, wie das früher auch der Fall gewesen ist. Kosten für kleine und

große Heilmittel, für Licht-, Radium- oder Röntgenbehandlung übernimmt die Knappschaft nicht.

Bei stationärer Behandlung in den Knappschaftskrankenhäusern zahlen die Anspruchsberechtigten für die Verpflegung (3. Klasse) die Hälfte eines Einheitspflages von 18 Fr. und die Hälfte einer Einheitspauschale für Arzneien ufm. von 7 Fr. täglich. Sie haben also zu zahlen pro Tag 12,50 Fr. für die Behandlung einer Person, welche mehr als 14 Jahre alt ist. Alles andere trägt die Knappschaft. Für Kinder bis zu 14 Jahren beträgt der Einheitspflage 14 Fr. täglich und für Kinder bis zu einem Jahre 8 Fr. täglich. Die Einheitspauschale für Arzneien ufm. beträgt für Kinder bis zu 14 Jahren 6 Fr. täglich. Für Kinder bis zu einem Jahre bleiben Arzneikosten außer Anschlag. Bei der Behandlung eines Kindes bis zu 14 Jahren zahlt also der Anspruchsberechtigte pro Tag 10 Fr. und für Kinder bis zu einem Jahre 4 Fr. Alles andere trägt die Knappschaft. Sie übernimmt also die Hälfte dieser Einheitspauschale und die ganzen ärztlichen Gebühren. Findet die Behandlung in einer höheren Versorgungsklasse statt, dann müssen die Versicherten die Mehrkosten dafür selbst tragen.

Bei Behandlung in fremden Krankenhäusern übernimmt die Knappschaft die Arztkosten nach den Mindestsätzen der Gebührenordnung für Verpflegung die Hälfte des obigen Einheitspflages, welcher für ihre Krankenhäuser maßgebend ist, für Arzneien ufm. die Hälfte der tatsächlichen Kosten, jedoch höchstens 3,50 Fr. täglich. Die Knappschaft zahlt also in diesen Fällen auch pro Tag 12,50 Fr. und trägt dann noch die Arztgebühren ganz, und zwar nach den Mindestsätzen der ärztlichen Gebührenordnung. Nachdem die Familienkrankenfürsorge in der Krankenversicherung jetzt eine Pflichtleistung ist, müssen die Ärzte die Behandlung nach den Mindestsätzen der ärztlichen Gebührenordnung vornehmen. Früher konnten sie darüber hinausgehen. In sehr vielen Fällen hat man das Bier- und Fünftage, ja sogar das Zehnstage berechnet. Das hört nun auf, so daß die Kranken an die Ärzte selbst nichts mehr zu zahlen brauchen.

Bei Behandlung von Kindern in fremden Krankenhäusern trägt die Knappschaft wieder die oben bezeichneten Arztkosten und die Hälfte der Einheitspflage, wie sie für die Behandlung in ihren Krankenhäusern festgelegt sind; für Arzneien ufm. die Hälfte der tatsächlichen Kosten, jedoch nicht mehr als 3 Fr. täglich. Wird für Kleinkinder (bis zu zwei Jahren) ein besonderer Pflagefuß berechnet, so wird die Hälfte dieser Pflagekosten, jedoch nicht mehr als 7 Fr. täglich, erstattet. Was die in den Knappschaftskrankenhäusern Behandelten an die Knappschaft zu zahlen haben, zahlt also die Knappschaft an die in fremden Krankenhäusern Behandelten an Anteil zu deren Unkosten. Sie trägt nebenbei noch in allen Fällen die oben bezeichneten Arztkosten. In den Krankenhäusern, die keine Arztkosten berechnen, wird dann nebenbei noch als Abgeltung der Arztkosten, die ja dann in dem höheren Pflagefuß enthalten sind, pro Tag der Betrag von 1,50 Fr. vergütet. In den Krankenhäusern Homburg und Repersberg werden nämlich keine Arztkosten berechnet.

**Die 43. Beitragswoche**

**läuft vom 19. bis 25. Oktober 1930**

**Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!**

Die festgelegten Kostenanteile werden jedoch von der Knappschaft nur dann übernommen, wenn die Krankenhausbehandlung vom zuständigen Familienarzt angeordnet worden ist. In dringenden Fällen kann die Ueberweisung durch den Familienarzt nachträglich eingeholt werden.

Früher zahlte die Knappschaft bei Behandlung in fremden Krankenhäusern immer nur die Hälfte des Pflages, wie er vom Wirtschaftsverband der Krankenhäuser festgelegt worden ist. Dieser Satz betrug pro Tag 18 Fr. für die Krankenhäuser der Stadt Saarbrücken und das Krankenhaus Homburg pro Tag 30 Fr. bei Erwachsenen. Die Krankenhäuser, welche dem Wirtschaftsverband nicht angeschlossen waren, hatten wieder abweichende Sätze. Dazu kamen in sehr vielen Krankenhäusern neben den ärztlichen Gebühren und Arzneien noch bestimmte Sonderleistungen, wie Benutzung des Operationszimmers, der Instrumente ufm., hinzu, so daß die Unkosten sehr verschieden gewesen sind. Neben den Mindestsätzen der ärztlichen Gebührenordnung zahlte die Knappschaft jedoch nur die Hälfte des Mindestpflages vom Pflagefuß, und zwar bis zum Höchstbetrag von 12,50 Fr. pro Tag. Sie zahlte also bei den Krankenhäusern mit einem Pflagefuß von 18 Fr. den Anspruchsberechtigten als Zuschuß pro Tag nur 9 Fr. Die Sondergebühren hatten die Anspruchsberechtigten ganz zu zahlen. Betrag der Pflagefuß 30 Fr., dann vergütete die Knappschaft nur 12,50 Fr.

Dazu übernahm die Knappschaft diese Kosten bei Krankenhauspflege nur für 12 Wochen innerhalb eines Jahres. Waren die 12 Wochen abgelaufen, stellte sie ihre Zahlungen ein. Die Einstellung erfolgte auch, wenn ein neuer Erkrankungsfall innerhalb dieses Jahres eingetreten war. Nach der neuen Bestimmung zahlt die Knappschaft ihre Kostenanteile bis zu 26 Wochen für jeden Erkrankungsfall. Treten also innerhalb eines Jahres zwei Erkrankungsfälle in Erscheinung, dann sind sogar die Kosten, wenn nach Abschluß des einen Erkrankungsfall, der 26 Wochen dauerte, ein neuer Erkrankungsfall befiel, wieder für diesen Erkrankungsfall bis zu 26 Wochen zu tragen. Diese Ausdehnung der Uebernahme der Kosten ist als wesentlicher Fortschritt anzusehen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen besteht ein Anspruch auf Familienkrankenfürsorge nur für 13 Wochen. Der Knappschaftsvorstand hat einstimmig die Ausdehnung auf 26 Wochen in allen Fällen beschlossen.

Der Anspruch auf Familienkrankenfürsorge steht den Versicherten zu, die mindestens drei Monate gesetzlich für den Fall der Krankheit versichert sind. Die bei anderen Krankenkassen verbrachte Zeit wird also auf diese drei Monate angerechnet.

Die vorstehend bezeichneten Bestimmungen gelten auch für die Angehörigen oder Hinterbliebenen von Knappschaftsinvaliden. Auch hier ist gegenüber früher eine wesentliche Ergänzung erfolgt, da nach dem neuen Recht auch die Angehörigen von pensionierten früheren Bergleuten den Anspruch erhalten, den sie früher nicht hatten. Nur in zwei Punkten weichen die Leistungen von den Leistungen der Angehörigen der Krankenkassenmitglieder ab, und zwar wird keine Zahnbehandlung und kein Fahrgehalt zum Facharzt gewährt. Alle anderen Leistungen stehen sich gleich.

Für die Ansprüche der Familienkrankenfürsorge haben die Invaliden bzw. Witwen ab 1. April einen monatlichen Beitrag von 6 Fr. zu zahlen, der ihnen von den Pensionsbezügen in Abzug gebracht wird. Die Ganzweisen sind von der Beitragszahlung befreit. Auf Antrag werden diejenigen Pensionsempfänger befreit, welche keine berechtigten Familienangehörigen haben oder Mitglied einer Krankenkasse oder Erwerbskasse sind und deshalb Anspruch auf Familienkrankenfürsorge besitzen. Alle anderen werden von der Beitragszahlung nicht befreit. Die Beiträge werden für die Zeit vom 1. April 1930 bis Ende August 1930 bei der neuen Pensionsumrechnung von der Nachzahlung in Abzug gebracht. Ab 1. September 1930 sind die Beiträge bereits von den laufenden Pensionen in Abzug gebracht worden. Diese Beitragszahlung ist dank des Einsetzens der Arbeitnehmervertreter in der Saarnknappschaft durch eine über den gesetzlichen Satz hinausgehende Pensionserhöhung, welche ab 1. April 1930 läuft, ausgeglichen worden.

Diese erreichte Pensionserhöhung beträgt bei einer Durchschnittspension, die nach einer Dienstzeit von 30 Jahren berechnet ist, monatlich 7,50 Fr. Die Invaliden erhalten also noch 1,50 Fr. mehr als die Beitragserhöhung ausmacht. Dazu erfolgte die Ergänzung der Familienkrankenfürsorge. Die Berechnungen haben ergeben, daß die jährlichen Mehrausgaben für die Pensionserhöhung 2,1 Mill. Fr. betragen, während die Beitragseinnahmen zur Familienkrankenfürsorge der Pensionsempfänger nur 1,5 Mill. Fr. jährlich betragen. Neben den Mehrausgaben der Familienkrankenfürsorge erhalten also die Pensionsempfänger noch jährlich 600 000 Fr. mehr an Pension, als man ihnen an Beitrag wieder in Abzug bringt.

Diesen, die nach den Bestimmungen von der Beitragszahlung befreit werden können und bis zum 15. November 1930 den Befreiungsantrag gestellt haben, erhalten die bereits eingezogenen Beiträge zurück. Kommt der Befreiungsantrag später, dann wird der Beitrag für den Monat, in dem die Erklärung bei der Knappschaftsverwaltung eingeht, und für die beiden folgenden Monate voll erhoben. Beim Ausscheiden durch Tod oder Wiedereintritt in die Krankenkasse der Saarnknappschaft endet die Beitragszahlung mit der Einstellung der Pensionszahlung. Der Anspruch auf die Leistungen bleibt bestehen, solange Beitrag erhoben und kein Anspruch an eine Krankenkasse besteht. Liegt die Austrittserklärung schon vor dem Inkrafttreten der Pensionierung vor, so unterbleibt die Beitragseinzahlung. Wer von der Austrittsberechtigung Gebrauch gemacht hat und später in die Familienkrankenfürsorge der Saarnknappschaft wieder eintritt, erwidert den Anspruch auf die Leistungen erst nach Ablauf von sechs Monaten, vom Tage des Eingangs der Eintrittserklärung bei der Knappschaftsverwaltung an gerechnet, und nur für solche Versicherungsfälle, die nach Ablauf dieser sechsmonatigen Wartzeit entstehen. Gehörten die Anspruchsberechtigten einer anderen Krankenkasse an und wurde die Wiedereintrittserklärung vor Ablauf von drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung abgegeben, so wird die Mitgliedszeit in der Krankenkasse auf die sechsmonatige Wartzeit angerechnet.

Diese Wartzeit besteht nicht für neu hinzukommende Pensionsempfänger. Pensionierte frühere Mitglieder sowie Witwen und Waisen von solchen haben erst vom 1. Oktober 1930 ab Anspruch auf die Leistungen und nur für Versicherungsfälle, die nach diesem Tage entstehen. Für Versicherungsfälle, die beim Inkrafttreten der neuen Bestimmungen — das ist der 1. Oktober 1930 — noch nicht abgeschlossen sind, werden die Entschädigungen nach den neuen Bestimmungen gewährt. Auf sie tritt also bereits die durchgeführte Ergänzung ein.

Mit dem Ausbau der Familienfürsorge bei der Saarnknappschaft sind noch nicht alle Wünsche und Forderungen der Gewerkschaften auf diesem Gebiete erfüllt. Es ist jedoch gegen den früheren Zustand immerhin eine wesentliche Verbesserung eingetreten. Das kann auch die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ nicht aus der Welt schaffen. Die Arbeitnehmer und Sozialrentner wollen kein Geschimpfe, sondern Verbesserungen. Deshalb müssen sie sich hinter die freien Gewerkschaften stellen, damit Verschlechterungen abgewehrt und der Ausbau der Sozialversicherung weiter vorwärts getrieben wird.



100



**HERMANN WÜNDISCH** G.m.b.H. **AUGSBURG R 62**  
Mech. Weberei und Wäschefabrik

**1 Pfund = 2**

**ansmann & Co., Bochum.**